



## Wortprotokoll der 62. Sitzung

### Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin, den 18. März 2024, 14:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
2.200

Vorsitz: Ulrike Bahr, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 6

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

### Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen

BT-Drucksache 20/8399

**Federführend:**

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Mitberatend:**

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenab-  
schätzung

Haushaltsausschuss

**Berichterstatter/in:**

Abg. Erik von Malottki [SPD]

Abg. Silvia Breher [CDU/CSU]

Abg. N. N. [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Matthias Seestern-Pauly [FDP]

Abg. N. N. [AfD]

Abg. N. N. [Die Linke]

Abg. Zaklin Nastic [BSW]



### Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Bahr, Ulrike Baldy, Daniel Breymaier, Leni Fäscher, Ariane Hennig, Anke Hostert, Jasmina Lahrkamp, Sarah Malottki, Erik von Ortleb, Josephine Ruf, Nadine Schwartz, Stefan	ja nein nein nein nein nein nein ja nein ja nein	Demir, Hakan Diedenhofen, Martin Döring, Felix Glöckner, Angelika Lehmann, Sylvia Lindh, Helge Mascheck, Franziska Nickholz, Brian Rix, Sönke Vontz, Emily Yüksel, Gülistan	nein nein nein nein nein nein nein nein nein nein nein
CDU/CSU	Bernstein, Melanie Breher, Silvia Edelhäuser, Ralph Janssen, Anne Leikert, Dr. Katja Pahlmann, Ingrid Tebroke, Dr. Hermann-Josef Timmermann-Fechter, Astrid Wiesmann, Bettina M. Wulf, Mareike Lotte	ja ja ja ja nein ja ja ja nein nein	Bär, Dorothee König, Anne Lehrieder, Paul Magwas, Yvonne Nacke, Dr. Stefan Rief, Josef Rüddel, Erwin Schimke, Jana Staffler, Katrin Willsch, Klaus-Peter	nein nein nein nein nein nein nein nein nein nein
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia Gambir, Schahina Krumwiede-Steiner, Franziska Lang, Ricarda Loop, Denise Schauws, Ulle	nein nein ja nein nein nein	Bsirske, Frank Heitmann, Linda Schulz-Asche, Kordula Slawik, Nyke Tesfaiesus, Awet Walter-Rosenheimer, Beate	nein nein nein nein nein nein
FDP	Adler, Katja Bauer, Nicole Gassner-Herz, Martin Seestern-Pauly, Matthias Tippelt, Nico	ja nein nein ja nein	Helling-Plahr, Katrin Jensen, Gyde Lenders, Jürgen Raffelhüschen, Claudia Westig, Nicole	nein nein nein nein nein



<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Anwesenheit</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>	<b>Anwesenheit</b>
AfD	Bollmann, Gereon Ehrhorn, Thomas Harder-Kühnel, Mariana Iris Reichardt, Martin	nein nein nein nein	Gottschalk, Kay Höchst, Nicole Schmidt, Jan Wenzel Storch, Beatrix von	nein ja nein nein
Gruppe Die Linke	Akbulut, Gökay	ja	Reichinnek, Heidi	nein
Gruppe BSW	Nastić, Žaklin	nein	N. N.	
fraktionslos	Huber, Johannes	nein		

### **Mitglieder der Bundesregierung**

- Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



---

**Anwesenheitsliste der sachverständigen Gäste**  
zur 62. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend am Montag, 18. März 2024, ab 14.00 Uhr

---

	<b>Anwesenheit</b>
<b>Thorsten Alsleben<sup>4</sup></b> Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH (INSM)	ja
<b>Prof. Dr. phil. Yvonne Anders<sup>2</sup></b> Otto-Friedrich-Universität Bamberg	ja
<b>Matthias Dantlgraber<sup>4</sup></b> Familienbund der Katholiken (FDK) Bundesverband	ja
<b>Niels Espenhorst<sup>1</sup></b> Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.	ja
<b>Dr. Sophie Koch<sup>5</sup></b> Volkssolidarität Bundesverband e. V.	ja
<b>Heiko Krause<sup>3</sup></b> Bundesverband für Kindertagespflege e.V.	ja
<b>Prof. Dr. Nele McElvany<sup>4</sup></b> Technische Universität (TU) Dortmund Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS)	ja
<b>Maria-Theresia Münch<sup>1</sup></b> Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	ja



	Anwesenheit
<b>Alexander Nöhring</b> <sup>2</sup> AWO Bundesverband e. V.	ja
<b>Dr. med. Burkhard Rodeck</b> <sup>3</sup> Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V. (DGKJ)	ja
<b>Doreen Siebernik</b> <sup>2</sup> Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)	ja

<sup>1</sup> Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>2</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>3</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>4</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>5</sup> Auf Vorschlag der Gruppe Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

### **Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände**

	Anwesenheit
<b>Regina Offer</b> Deutscher Städtetag	ja



Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich begrüße Sie zu unserer heutigen 62. Sitzung.

Vom Familienministerium heiße ich Frau Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz herzlich willkommen.

Ich begrüße auch die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die übrigen Kolleginnen und Kollegen, die uns nach Benennung eines Grundes heute per Videokonferenz zugeschaltet sind.

Mir ist gemeldet die Frau Abgeordnete Anne Janssen von der Fraktion der CDU/CSU. Sie ist in der Leitung?

Abg. **Anne Janssen** (CDU/CSU): Ja, ich bin da. Hallo.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Ist sonst noch jemand in der Leitung? Das nicht der Fall.

Hinweis des Sekretariats: Folgende Abgeordnete haben sich per Webex zur Sitzung zugeschaltet:

o Anne Janssen (CDU/CSU-Fraktion).

Die **Vorsitzende**: Als Gast ist die Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein, Karin Prien, angekündigt worden, aber ich sehe sie im Moment noch nicht. Wir begrüßen sie jetzt schon mal vorab ganz herzlich und sehen sie dann, wenn sie ankommt.

Wir führen heute die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“ auf Bundestagsdrucksache 20/8399 durch.

Ich begrüße dazu nochmal ausführlich die Mitglieder des Familienausschusses, die Mitglieder der mitberatenden Ausschüsse, die

Zuschauerinnen und Zuschauer und natürlich die Sachverständigen für unsere heutige Anhörung.

Das sind:

- Thorsten Alsleben, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,
- Prof. Dr. phil. Yvonne Anders, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Lehrstuhl für Frühkindliche Bildung und Erziehung,
- Matthias Dantlgraber, Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken, Bundesverband,
- Niels Espenhorst, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V., Referent Kindertageseinrichtungen,
- Dr. Sophie Koch, Volkssolidarität Bundesverband e. V., Referentin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik,
- Heiko Krause, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes für Kindertagespflege e. V.,
- Prof. Dr. Nele McElvany, Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsforschung,
- Maria-Theresia Münch, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Wissenschaftliche Referentin Arbeitsfeld II „Kindheit, Jugend, Familie und soziale Berufe“,
- Alexander Nöhring, AWO Bundesverband e. V., Leitung der Abteilung „Kinder, Jugend, Frauen und Familie“,
- Dr. med. Burkhard Rodeck, Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V.,
- Doreen Siebarnik, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands,



Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit,

- Regina Offer, Deutscher Städtetag, Hauptreferentin Dezernat Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales.

Herr Marc Elxnat, Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, hat abgesagt. Krankheitsbedingt hat Herr Jörg Freese, Beigeordneter im Deutschen Landkreistag, auch kurzfristig abgesagt.

Ich weise Sie darauf hin, dass die Anhörung live übertragen und im Internet abrufbar sein wird.

Von dieser Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt, das auch auf der Homepage des Familienausschusses abrufbar sein wird. Dort finden Sie auch die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen.

Bild- und Tonaufzeichnungen durch andere Personen sind während der Sitzung nicht gestattet.

Weiterhin bitte ich darum, während der Anhörung auf die Benutzung von Mobiltelefonen zu verzichten.

Der Ablauf der öffentlichen Anhörung gestaltet sich wie folgt: Die Sachverständigen geben Eingangsstatements von jeweils drei Minuten ab. Danach folgt eine Frage- und Antwortrunde von 60 Minuten. Bei dieser Frage- und Antwortrunde wird das Fragerecht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen und Gruppen zeitlich aufgeteilt. Die jeweiligen Zeitkontingente gelten für Fragen und Antworten.

Die zeitliche Aufteilung auf die Fraktionen und Gruppen gestaltet sich wie folgt:

- SPD: neun Minuten,
- CDU/CSU: acht Minuten,
- Bündnis 90/Die Grünen: zehn Minuten,

- AfD: sechs Minuten,
- FDP: acht Minuten,
- Die Linke: zwei Minuten,
- BSW: eine Minute,
- SPD: acht Minuten
- CDU/CSU: acht Minuten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn jede Fragestellerin und jeder Fragesteller in einem Beitrag maximal zwei Fragen an einen oder zwei Sachverständige richten würde.

Zum Zeitmanagement noch ein Hinweis: Die zur Verfügung stehende Zeit wird Ihnen über den Monitor im Saal sowie in der Videokonferenz angezeigt. Ich bitte die Fragenstellenden sowie die Sachverständigen darum, diese Uhr jeweils im Blick zu behalten.

Wir beginnen nun mit der Öffentlichen Anhörung zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“, Bundestagsdrucksache 20/8399.

Zunächst bitte ich die Sachverständigen um ein kurzes Eingangsstatement von jeweils drei Minuten. Ich bitte nun zunächst Herrn Alsleben um sein Eingangsstatement und erteile dann den weiteren Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge das Wort. Den Abschluss bilden die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände.

Herr Alsleben, bitte sehr.

**Thorsten Alsleben** (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH): Wie in der Schule, mit A zuerst. Vielen Dank Frau Vorsitzende. Frau Staatssekretärin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht vorweg: Die INSM ist nicht der wissenschaftliche Urheber der Untersuchung, über die ich rede, sondern das Institut der deutschen Wirtschaft mit seinen Bildungsforschern, aber wir geben es seit 20 Jahren heraus. Es ist eine der umfassendsten Zusammenstellungen der wissenschaftlichen Studienlage zur Bildung in Deutschland.



Dabei wird die Lage der Bildung in Deutschland nach 13 Handlungsfeldern geclustert und auf Bundesländerebene runtergebrochen.

Wenn man jetzt den aggregierten Index sozusagen nimmt, also alle 13 Handlungsfelder zusammen gerechnet und alle Bundesländer zusammen gerechnet, dann haben wir nach dem ersten PISA-Schock eine positive Entwicklung – die Politik hat reagiert, das Bildungsniveau in Deutschland wurde besser – aber seit einigen Jahren sinkt es leider wieder, und zwar vor allem seit 2015 ist es deutlich spürbar, dass das Bildungsniveau in den meisten Bereichen, die abgefragt wurden, gesunken ist.

Ich gebe mal einen Spoiler: Das muss nicht so bleiben. Es gibt Lösungsmöglichkeiten, aber erstmal sage ich was über die Ursachen.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund hat deutlich zugenommen, vor allem mit Kindern aus bildungsfernen Schichten und mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen. Immer mehr Vorschul- und Grundschulkindern sprechen zuhause nicht Deutsch. Auf die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen waren die Schulen nicht vorbereitet und sind es überwiegend noch immer nicht. Das sieht man auch an den Lehrerprognosen, die von der Kultusministerkonferenz gemacht wurden und die mit den tatsächlichen Zahlen dann nichts mehr zu tun hatten.

Gemessen haben wir einen dramatischen Rückgang der Werte für Integration, der Schulqualität und der Bekämpfung von Bildungsarmut. Auch die digitale Bildung hat trotz DigitalPakt Schule usw., trotz aller Anstrengungen, insgesamt stagniert, sodass man sagen kann, das sind die negativen Komponenten, die das Bildungsniveau sehr deutlich senken.

Es gibt auch ein paar positive Punkte. Die will ich auch benennen. Die guten Entwicklungen bei der Betreuungsrelation zum Beispiel. Die hat sich in den letzten 20 Jahren von 20,6 Schüler pro Lehrkraft auf 15,6 verbessert. Allerdings ist auch jetzt schon wieder ein Lehrermangel absehbar, sodass

sich an der Situation, wenn man nicht gegensteuert, auch wieder was zum Negativen verändern könnte.

Die Ganztagsinfrastruktur, vor allem bei den Grundschulen, wurde ausgebaut. Da will ich die Zahlen auch nennen, weil es so schön ist: Von 2002 auf 2021 stieg der Anteil der Grundschulen mit Ganztagsschulbetrieb von 10,3 auf 72,1 Prozent und die Zahl der Schüler, also der Anteil, die ganztätig beschult sind, von 4,2 auf 47,5 Prozent, aber dieser Ganztagsbetreuung mangelt es an einer gewissen Bildungsqualität. Es ist häufig eher Betreuung als wirklich Bildung. Das wäre auch ein wichtiger Ansatz, um das zu verbessern.

Insgesamt können diese Verbesserungen, die wir gemessen haben, das Bildungsniveau wie gesagt leider nicht nach oben treiben, sondern es geht nach unten.

Jetzt komme ich zum Positiven. Der Antrag, der von der Unionsfraktion vorgestellt wird, enthält viele gute Punkte. Ich hätte mir hier und da noch ein bisschen mehr konkrete Ausgestaltung gewünscht, aber die Zielrichtung kann ich auf jeden Fall unterstreichen. Denn Ziel der Bildungspolitik sowohl in den Ländern, aber auch auf Bundesebene muss ja sein, Ungleichheiten durch bessere Bildungschancen zu reduzieren. Da sind sich vermutlich auch hier alle parteiübergreifend einig.

Da ist unser klares Votum, wenn man priorisieren muss: Je früher und konsequenter Sie damit anfangen, desto wirkungsvoller. Von den vorgeschlagenen Maßnahmen will ich jetzt in Anbetracht der Zeit nur ganz kurz auf eins, zwei, drei, vier eingehen. Geht aber ganz schnell.

Die will ich mal so zusammenfassen: Schon vor der Schulzeit erkennen, wo die Kinder besondere Bedarfe haben und dafür Angebote, aber auch Verpflichtungen einführen, wenn die Eltern nicht freiwillig mitmachen. Es gibt ganz klare wissenschaftliche Evidenz, dass die Mittel in frühkindlicher Bildung am effektivsten und nachhaltigsten wirken, man aber auch besondere Angebote für bildungsferne Schichten und für Kinder mit



schlechten Deutschkenntnissen erstellen muss. Man darf sie nicht alle gleich behandeln, sondern man muss das schon gezielter machen. Dafür muss man eben rechtzeitig erkennen, wer die mit besonderem Förderungsbedarf sind, um dann eingreifen und helfen zu können.

Konkret: Unbedingt verpflichtende Sprach-Standardtests einführen. Drei Sachen: Unbedingt Vorschulpflicht für diejenigen, die die Tests nicht bestehen oder nicht teilnehmen und unbedingt eine Sonderbetreuung für Kinder aus Familien mit besonderen Herausforderungen. Wenn man wenigstens das machen würde, dann würde sich das Bildungsniveau auch in absehbarer Zeit wieder verbessern.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Als nächstes bitte ich Frau Prof. Dr. Anders das Wort zu ergreifen. Bitte sehr.

**Prof. Dr. phil. Yvonne Anders** (Otto-Friedrich-Universität Bamberg): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen. Ich bin Professorin für frühkindliche Bildung und Erziehung, beschäftige mich seit vielen Jahren mit Fragen der Qualität und Auswirkungen früher Bildung in Kindertageseinrichtungen und auch in der Familie. Dementsprechend fokussiere ich mich auch auf diese Aspekte in meiner Stellungnahme.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass Kinder sich bereits im Alter von zwei bis drei Jahren sehr deutlich in ihren Kompetenzen unterscheiden und dass bereits im Alter von zwei Jahren nachweisbar ist, dass Kinder aus Familien mit schwachem sozioökonomischem Status deutlich geringere Kompetenzen aufweisen als Kinder aus anderen Familien. Das heißt, die soziale Schere geht bereits in diesem Alter auf, bleibt dann überwiegend stabil.

In der Grundschule sehen wir dann das, was jetzt kürzlich die Schulleistungsstudien auch wieder offenbart haben, dass viele Kinder, mittlerweile etwa 25 Prozent, nicht die Mindeststandards

erwerben und dass hiervon überwiegend Kinder aus schwachen Familien oder Kinder mit einer anderen Familiensprache als Deutsch betroffen sind.

Großes Potenzial, um diese Situation zu ändern, liegt in der frühen Bildung, zunächst einmal in der frühen Bildung in Kindertageseinrichtungen. Wir wissen, dass die Dauer der Teilnahme an früher Bildung, also ein früher Eintritt, mit positiven Effekten für die kognitiv-sprachliche Entwicklung von Kindern verbunden ist.

Ausschlaggebend ist aber eben auch die pädagogische Qualität. Das heißt, die Qualitätssteigerung in der sprachlichen Bildung zum Beispiel ist hier ein ganz essenzieller Punkt. Dementsprechend ist der Punkt 4, Stärkung der sprachlichen Bildung, hier aus wissenschaftlicher Sicht natürlich zu unterstreichen.

Die Qualität der sprachlichen Bildung und die Qualität der pädagogischen Qualität lässt sich steigern durch Qualifikation der Fachkräfte, lässt sich steigern durch eine Stärkung der strukturellen Qualität wie zum Beispiel einem angemessenen Fachkraft-Kind-Schlüssel oder der mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit, durch Fort- und Weiterbildungen, durch Fachberatungssysteme.

In den letzten Jahren gab es mehr als zehn Jahre das Bundesprogramm Sprach-Kitas, was hier auch gezeigt hat, dass über Zusatzstellen, Funktionsstellen in den Kindertageseinrichtungen für Teamentwicklung hier wirklich gute Effekte für die Qualität erreicht werden können.

Die Aspekte zur Diagnostik und auch daran anschließend der Vorschulförderung greifen auch Aspekte auf, die die Ständige Wissenschaftliche Kommission der KMK, deren Mitglied ich bin, aufgegriffen hat.

Eine angemessene sprachliche Bildung setzt auch im frühen Alter eine Kenntnis des Entwicklungsstandes voraus. Diagnostik ist auch notwendig, um eben die Kinder zu erkennen, die einen



besonderen Förderbedarf haben. Wichtig ist aber tatsächlich dann auch ein Anschluss einer Förderung, was aktuell in dieser Form noch nicht gegeben ist.

Mit Blick auf die ergänzende oder auch additive Förderung, die hier im Antrag angesprochen ist, ist sicherlich der Forschungsstand zu den Auswirkungen solcher Maßnahmen zu berücksichtigen, der gezeigt hat, dass solche Maßnahmen letztlich auch nur dann wirksam sind, wenn sichergestellt ist, dass sie früh genug, intensiv genug, in hinreichender Qualität und in einer Form angeboten werden, dass ein Transfer in den Alltag der Kindertageseinrichtung auch sichergestellt ist.

Andere Aspekte, die hier aufgegriffen sind, die eben auch auf die Stärkung der familiären Anreizungsqualität hin abzielen, sind aus dieser Sicht ebenso zu unterstützen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Ich bitte Herrn Dantlgraber um sein Statement. Bitte sehr.

**Matthias Dantlgraber** (Familienbund der Katholiken Bundesverband): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung.

Der Familienbund der Katholiken spricht sich für umfassende Zukunftsinvestitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen aus und außerdem für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Für die Familien ist ein zuverlässiges und qualitativ hochwertiges Bildungssystem eines der wichtigsten Themen überhaupt. Trotz der angespannten Haushaltslage darf hier keinesfalls gespart werden, denn wissenschaftliche Studien zeigen – wir haben es gerade gehört – dass sich die Investitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen wirtschaftlich auszahlen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse aktueller Bildungsstudien müssen Bund und Länder den Föderalismus zukunftsfähig und effizient aufstellen. Dass jedes vierte Kind die Mindestanforderungen

im Lesen und im Rechnen verfehlt, das ist nicht akzeptabel und hat gravierende Folgen, sowohl für die Familien als auch auf volkswirtschaftlicher Ebene.

Unter den im Antrag genannten Maßnahmen sind verstärkte Anstrengungen zur Fachkräftegewinnung besonders wichtig, denn dass ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen, ist eine Grundvoraussetzung für qualitativ hochwertige Bildung. Auch die im Antrag vorgesehene besondere Förderung von benachteiligten Kindern ist nur möglich, wenn dafür auch das qualifizierte Personal zur Verfügung steht.

Gegenwärtig sind die Familien durch den Fachkräftemangel sehr stark belastet, etwa durch eingeschränkte Kitaöffnungszeiten, durch Unterrichtsausfall oder auch Einschränkungen bei der Bildungsförderung. Das hat negative Folgen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die familiären Belastungsgrenzen und auch für die Chancengleichheit von Kindern.

Trotz der Wichtigkeit der Bildungsinstitutionen sind die Familien in den ersten Lebensjahren des Kindes die primären Orte der Erziehung und Bildung. Familien mit wenig Geld haben aber oft Schwierigkeiten, ihre Kinder so zu fördern, wie sie es möchten. Daher ist es wichtig, Familien auch durch Geldleistungen zu unterstützen.

In der aktuellen Debatte um die Kindergrundsicherung befürwortet der Familienbund als pragmatischen Kompromiss, die eingeplanten Mittel auf eine Reform des Kinderzuschlages für Familien mit kleinen Einkommen zu konzentrieren.

In Zeiten des demografischen Wandels und der ökologischen und digitalen Transformation muss der aktuelle Zustand des Bildungssystems Sorgen bereiten. Der Soziologe und Integrationsforscher Aladin El-Mafaalani hat formuliert: „Früher war nichts besser als heute, außer einem: die Zukunft.“

Damit die Familien wieder Vertrauen in die



Zukunft haben, muss die Politik heute handeln.  
Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Ich bitte Herrn Espenhorst um sein Statement. Bitte sehr.

**Niels Espenhorst** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.): Danke schön. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, zu dem Kinderzukunftsprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein paar Worte zu sagen.

Zunächst: Die aktuellen Krisen haben viele unterschiedliche Aspekte. Mir kommen dabei die Kinder etwas zu kurz. Es ist ein gutes Zeichen, dass die Situation der Kinder und der Infrastruktur für Kinder hier und heute thematisiert werden. Daher vielen Dank an die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, dass Sie das Thema aufgegriffen haben und diese Initiative vorgelegt haben. Drei Aspekte möchte ich hervorheben.

Zum einen: Ich gehe stark davon aus, dass wir ein sehr gutes System der Kindertagesbetreuung haben. Es gibt gute pädagogische Konzepte, es gibt ein gutes Ausbildungssystem, relativ niedrige Elternbeiträge und hohe fachliche Anforderungen, die in den Bildungsplänen der Länder festgehalten sind. Aber das System ist unter Druck und kann sein Potenzial nicht ausschöpfen. Es geht daher gar nicht darum, alles neu zu machen und ganz neue Maßnahmen einzuführen, sondern das, was wir haben, zu stärken.

Ich denke, wir sollten die Ressourcen, die nur knapp zur Verfügung stehen, dafür nutzen, dass wir das System, wie es ist, entlasten und dafür mehr Ressourcen zur Verfügung stellen. Anstatt neue Verunsicherungen durch zusätzliche Programme herbeizuführen, sollten wir bei allen Beteiligten Handlungssicherheit schaffen.

Zweitens: Es sollte geklärt werden, wie sich der Bund sinnvoll und konstruktiv an der Weiterentwicklung des Systems beteiligen soll. Das geht nur

mit einer relevanten und dauerhaften finanziellen Beteiligung. Bevor bundespolitisch neue Perspektiven diskutiert werden, sollte erstmal geklärt sein, wie viel Geld im Topf ist. Es gibt nämlich eine Mitverantwortung des Bundes an dem System der Kindertagesbetreuung. Die Einführung des Rechtsanspruches ab dem ersten Lebensjahr für Kinder wäre ohne die Kofinanzierung des Bundes gescheitert. Ohne eine weitere Kofinanzierung des Bundes droht die qualitative Sicherung der Kitas zu scheitern.

Drittens: Ein ganz wesentlicher Aspekt der Kindertagesbetreuung ist der Abbau und die Vermeidung von Benachteiligungen. Das gehört zur DNA der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei gehen wir ganzheitlich und wertschätzend vor, aber auch das gelingt uns derzeit nicht ausreichend. Das liegt zum einen an den vielen Hürden, die den frühzeitigen Zugang zum System der Kindertagesbetreuung versperren und zum anderen stattdessen wir gegenwärtig die besonders herausgeforderten Einrichtungen nicht ausreichend aus, um diesem Auftrag gerecht zu werden.

Dabei geht es um die sprachliche Bildung, aber es geht um weit mehr als das. Wir brauchen daher nicht unbedingt noch mehr Diagnostik, weil entsprechende Zahlen haben wir und entsprechende Verfahren liegen vor. Wir müssen diese Verfahren stärken. Wir müssen sie so nutzen, dass wir die Daten auch sinnvoll für unsere Steuerung des Systems nutzen können, damit wir diesem Auftrag gerecht werden können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt Frau Dr. Koch mit ihrem Statement. Bitte sehr.

**Dr. Sophie Koch** (Volkssolidarität Bundesverband e. V.): Sehr geehrte Vorsitzende, liebe Anwesende, auch ich bedanke mich für die Einladung.

Die fast 80-jährige Geschichte der Volkssolidarität ist eng verbunden mit den Themen und Perspektiven der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Das bewegt uns und das führt auch dazu, dass wir politische Debatten immer auch aus diesem besonderen Blickwinkel betrachten, so auch



diesen Antrag hier.

Diese Perspektive meint auch eine tief verwurzelte Tradition der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit eine sehr hohe Akzeptanz und Inanspruchnahme frühkindlicher Bildungsangebote, von der Krippe bis zum Hort.

Auch deshalb nehmen wir wahr, dass bundesweit verhandelte Themen nicht immer die großen Herausforderungen von Kindern und Familien im Osten mit abbilden. Auf einen Punkt möchte ich im Folgenden gerne näher eingehen.

Der hier diskutierte Antrag widmet sich ganz wichtigen Fragen zur Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller Kinder in Deutschland. Als Volkssolidarität sehen wir jedoch den defizitorientierten Blick auf das Kind und die vorgeschlagenen normierten Diagnostiken und verpflichtenden Förderprogramme kritisch.

Unser Blick ist in erster Linie ressourcenorientiert, sowohl auf die Kinder als auch auf ihre Stärken, als auch auf die Möglichkeit, die eine ausfinanzierte Kinder- und Jugendhilfe allen Kindern bieten kann, sich bestmöglich auf all den Ebenen zu entwickeln. Niels Espenhorst hat hier ja wichtige Punkte angesprochen.

Das Problem: Die Kinder- und Jugendhilfe ist einfach an vielen Stellen unterfinanziert und das Tisch Tuch, an dem alle ziehen, wird von Jahr zu Jahr kleiner. Gleichzeitig ist die Infrastruktur für Kinder und Familien, gerade in Ostdeutschland, derzeit zunehmend gefährdet. Das ist nicht mehr nur ein Phänomen in abgelegenen ländlichen Regionen, sondern immer öfter auch in städtischen Ballungsräumen.

Der Grund ist der starke Geburtenrückgang der letzten Jahre in vielen Regionen Ost und die Folgen – das kann ich aus zahlreichen unserer Gliederungen berichten – immer mehr Kindertageseinrichtungen können ihre Krippengruppen nicht mehr auffüllen. Manche Kitas sind nur noch zu 50 Prozent ausgelastet. Viele unserer Träger

werden immer häufiger von den Kommunen aufgefordert, Krippenplätze abzubauen oder Plätze insgesamt abzubauen. Solange die Fachkraft-Kind-Schlüssel in den Landesgesetzen nicht angepasst werden, sind zunehmend Arbeitsplätze in der Kindertagesbetreuung in Gefahr. Was jetzt in der Krippe beginnt, wird sich bald in den Kindergartengruppen, in den Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen fortsetzen.

Was bedeutet das für Familien und Kinder in den betroffenen Regionen? Zuallererst den Abbau wichtiger Daseinsvorsorge für Familien vor Ort und in der Nähe, denn wenn Strukturen schließen, heißt das für viele Kinder deutlich weitere Wegezeiten zu ihren Bildungsorten und Freund\*innen. Das trifft nicht nur die vielen voll berufstätigen Elternpaare, die auf zwei Einkommen angewiesen sind, sondern auch die vielen Allein- und Getrennterziehenden, die rund ein Viertel aller Familien in Ostdeutschland ausmachen und die, und das weiß man, auf kurze Wege angewiesen sind. Diese Entwicklung wird die Attraktivität vieler bereits strukturgeschwächter Regionen in den östlichen Kommunen für Unternehmensansiedlungen und Familienzuzug ganz sicher nicht erhöhen.

Was ist jetzt also zu tun? Bund, Länder und Kommunen müssen diese Entwicklung als gemeinsame Aufgabe wahrnehmen und Lösungswege entwickeln. Ziel muss es sein, den weiteren Abbau elementarer Strukturen für junge Menschen im Osten Deutschlands zu verhindern. Es ist vor allem ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie und einer offenen und gerechten Gesellschaft, auch weil die Gefahr besteht, dass Akteur\*innen die Ideale gruppenbezogener Menschen und Demokratiefeindlichkeit vor sich hertragen, die entstehenden Lücken auffüllen. Diese Entwicklung gilt es in jedem Fall zu verhindern. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt Herr Krause, bitte.

**Heiko Krause** (Bundesverband für Kindertagespflege e.V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte



Abgeordnete, herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion Stellung nehmen zu können.

Ich beschränke mich aus der Perspektive des Bundesverbandes für Kindertagespflege auf zwei Punkte, die für die Kindertagespflege ganz entscheidend sind. Die anderen Punkte habe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme mit ausgeführt.

Das erste ist der Punkt 7. Da geht es um den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in dem Antrag gefordert wird, dass auch Kindertagespflegepersonen in die Betreuung einbezogen werden können. Das ist bisher nicht der Fall. Das Ganztagsförderungsgesetz und das Ganztagsfinanzierungsgesetz haben schon vor Jahren festgelegt, dass Kindertagespflege bislang kein Rechtsanspruch erfüllendes Betreuungsangebot ist.

Wir haben damals schon dies kritisch gesehen, weil wir erkennen, dass die Realisierung des Rechtsanspruches ausgesprochen schwierig sein wird. Es wird davon gesprochen, dass im Endausbauzustand 650.000 Plätze benötigt werden, zusätzliche Plätze. Die Kindertagespflege kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es möglich wird, auch Schulkinder zu betreuen. Ich denke, es gibt eine ganze Reihe von guten Gründen dafür.

Erstens: Etwa ein Drittel der Kindertagespflegepersonen, von denen es ungefähr 41.000 in Deutschland gibt, hat eine pädagogische Ausbildung. Zumindest diese wären auf jeden Fall in der Lage, auch Kinder im Grundschulalter zu betreuen. Ich glaube, es gibt auch eine ganze Reihe von Kindertagespflegepersonen, die das gerne tun würden.

Insbesondere ältere Kindertagespflegepersonen, das sehen wir aus unseren Befragungen immer wieder, sagen oftmals: Ich habe eine ganze Weile lang Kinder unter drei betreut. Das möchte ich vielleicht mit über 50 nicht mehr tun, aber ich könnte mir gut vorstellen, am Nachmittag Kinder im Grundschulalter zu betreuen. Das heißt, hier könnten wir Potenziale heben, um diesen

Rechtsanspruch erfüllen zu können.

Wir sehen, dass es auch bei der Bundesregierung durchaus inzwischen stärkere Offenheit gibt, diese Möglichkeit zu eröffnen. Es gab eine Untersuchung bzw. eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die Sie wahrscheinlich auch alle kennen, dass es durch Kooperationen durchaus möglich ist, dass Kindertagespflegepersonen auch in Kooperation mit dem Schulträger Kinder im Grundschulalter betreuen.

Dazu gehört allerdings auch, dass es möglich sein muss, Investitionen an Schulen dafür freizumachen. Das ist bisher im Ganztagsförderungsgesetz leider nicht vorgesehen. Wir würden es sehr begrüßen, dass hier auch die Möglichkeit gegeben würde, auch an Schulen Investitionen zur Einrichtung von Kindertagespflegestellen zu schaffen.

Punkt zwei, das ist der Punkt 8, ist das Thema Fachkräftegewinnung. Auch im Bereich der Kindertagespflege haben wir eine – Sophie Koch hat schon darauf hingewiesen – etwas heterogene Situation. Wir haben Regionen, in denen nach wie vor das Platzangebot extrem eingeschränkt ist. Eltern finden keinen Platz. Und wir haben Regionen, in denen insbesondere durch Geburtenrückgang eher ein Defizit besteht.

Wir sehen auch, dass ältere Kindertagespflegepersonen ausscheiden. Wir brauchen deshalb jüngere Kindertagespflegepersonen, die ins System wieder einsteigen. Dazu ist aber notwendig, dass zum Beispiel die Grundqualifizierung kostenfrei ist. Einige Bundesländer geben dazu einen Zuschuss, andere tun das nicht.

Wir brauchen einen Personalschlüssel Fachberatung und Kindertagespflegepersonen. Das könnte man in das Kitaqualitätsentwicklungsgesetz hineinschreiben.

Wir brauchen Aufstiegsmöglichkeiten für die Kindertagespflegepersonen. Wir brauchen die Anerkennung von Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten, und wir möchten langfristig auch



eine Entwicklung hin zu einem wirklichen Beruf Kindertagespflege wie es bereits 2009 einmal postuliert wurde. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen. Ich bitte Frau Prof. Dr. McElvany um ihr Statement. Bitte sehr.

**Prof. Dr. Nele McElvany** (Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsfor- schung): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Staatssekretärin, sehr geehrte Ausschussmitglie- der, vielen Dank für die Möglichkeit, zu dem An- trag Stellung zu nehmen.

Aus Sicht der Bildungsforschung zeigt die Aus- gangslage in der Tat Handlungsbedarf an. So ha- ben beispielsweise die Ergebnisse der für Deutsch- land repräsentativen internationalen Grundschul- Lese-Untersuchung IGLU im Mai 2023 mehrere Problemlagen aufgezeigt.

Das mittlere Kompetenzniveau der Schüler\*innen weist seit nunmehr 15 Jahren eine sinkende Ten- denz auf. Ein substanzieller Anteil von rund 25 Prozent der Kinder erreicht den international festgelegten Mindeststandard nicht. Und es gibt nach wie vor substanzielle soziale und migrati- onsbedingte Disparitäten. Der Bildungserfolg hängt immer noch deutlich von der familiären Herkunft ab.

Wir haben auf der Basis dieser Befunde mehrere Empfehlungen formuliert, vor deren Hintergrund ich die hier nun vorgeschlagenen Maßnahmen einordnen möchte.

Die Einführung einer standardisierten Diagnostik des Entwicklungsstands – die zweite vorgeschla- gene Maßnahme – ist ein wesentliches Element. Hierbei sollte das zweite Teilelement, eine ver- bindliche Förderung mit evidenzbasierten Maß- nahmen in Abhängigkeit von den Ergebnissen, ebenso direkt mit geregelt werden, wie die weitere systematische Diagnostik in Verbindung mit ver- bindlicher Förderung im Grundschulbereich.

Die dritte Maßnahme – die Einführung einer ver- pflichtenden Vorschulförderung bei Förderbedarf – deckt sich mit der Empfehlung, Kinder frühzei- tiger gezielt zu unterstützen. Das in Hamburg seit längerem verfolgte diesbezügliche Konzept kann hier als Vorbild genutzt werden, auch um eine entsprechende Qualität von Diagnostik und För- derung zu gewährleisten.

Die grundlegende Stärkung der Sprachförderung ist vor dem Hintergrund der demografischen Ent- wicklung im Interesse der Individuen, aber auch unserer Gesellschaft. Allerdings mangelt es aktu- ell noch an als wirksam evaluierten Förderkon- zepten, in deren Entwicklung intensiv investiert werden müsste.

Die fünfte Maßnahme, die Stärkung der Zusam- menarbeit zwischen Kita und Grundschule, ist ein schon lange formuliertes Desiderat, das bisher nicht in der Fläche umgesetzt wird. Digitale Bil- dung von Anfang an würde viele Fördermöglich- keiten gerade auch mit Blick auf individualisierte und adaptive Förderung ermöglichen. Hier liegen bisher aber wenige Konzepte für den Kitabereich vor, deren Implementierbarkeit und Wirksamkeit noch dazu zunächst empirisch überprüft werden sollte.

Die siebte Maßnahme, die Verbesserung der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, umfasst ein Thema, bei dem dringend nachgesteuert werden muss, wenn die großen Chancen des Ganztags auch für eine wirksame bildungsorientierte Förde- rung der Kinder genutzt werden soll.

Zur achten Maßnahme, der Deckung des Fachkräf- tebedarfs, ist zu ergänzen, dass nicht nur ausrei- chendes, sondern auch gut ausgebildetes Personal sowohl im Kita- als auch im Grundschulbereich die zentrale Grundlage für erfolgreiche Entwick- lung ist.

Abschließend ist die Einführung von Familienlot- sen für die Teilgruppe der schwer erreichbaren Familien zunächst sicher mit hohem Ressourcen- einsatz verbunden, der aber mittelfristig mit der Erhöhung erfolgreicherer Bildungs- und in Folge



Berufskarrieren zusammen betrachtet werden muss.

Zusammenfassend sind die übergeordneten Ziele sowie die vorgeschlagenen Maßnahmen demnach meines Erachtens grundsätzlich zu begrüßen, wobei ihre Wirksamkeit von der genauen Ausgestaltung abhängen würde. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt Frau Münch bitte.

**Maria-Theresia Münch** (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit der Stellungnahme zum CDU/CSU-Antrag.

Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins begrüßt grundsätzlich die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kinder und Familien und die sie unterstützenden Strukturen und Angebote stärker in den Fokus des politischen Handelns zu rücken. Das ist ein absolut notwendiges Signal angesichts der laufenden Verhandlungen für den Haushalt 2025 und die mittelfristige Finanzplanung.

Trotz aller Sparnotwendigkeiten sieht es der Deutsche Verein für geboten an, dass sich der Bund auch weiterhin anteilig an den Kosten einer guten Qualität in der Kindertagesbetreuung beteiligt, und zwar aus folgenden Gründen:

In erster Linie ist es der Bund, der für Konvergenz und gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen kann und muss. Auch wenn die Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung zuvorderst Aufgabe der Länder und Kommunen ist, so handelt es sich hierbei dennoch um eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe und Zukunftsinvestition, die von Bund, Ländern, Kommunen und Trägern gemeinsam und auf Dauer getragen werden muss.

Zweitens ist der Bund neben den Kindern und ihren Familien der größte Nutznießer eines bedarfsgerechten und qualitätvollen Angebotes mit Blick

auf die Einzahlung von zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträgen. Das ist zwar eine alte Kamelle, aber deswegen nicht weniger wahr. Kindertagesbetreuung unterstützt nicht nur die Bildungsbiografie der Kinder, sie ist auch essenziell für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bzw. die Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Frauen.

Für die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins ist die bisherige Bundesbeteiligung am KiQuTG in Höhe von zwei Milliarden Euro eine Linie, die nicht unterschritten werden darf. Ansonsten sind jegliche Forderungen nach besserer und gleichwertiger früher Bildung und mehr Fachkräften bundespolitische Makulatur.

Mit Blick auf den Antrag der CDU/CSU-Fraktion möchte ich nur zwei Punkte herausgreifen, zum einen das Thema Ganztags. Für die Sicherstellung und Umsetzung eines qualitätvollen Ganztags kann aus Sicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins auch die Kindertagespflege eine Angebotsform sein, die unbedingt in diesem Kontext gestärkt werden muss. Da hat der Kollege Krause schon ausgeführt.

Darüber hinaus braucht es aber noch mehr, dass 2026 die erste Stufe tatsächlich in Kraft treten kann. Neben Fachkräften, Räumen und Gebäuden braucht es auch eine integrierte Bedarfsplanung und einen wirklich gemeinsamen Qualitätsrahmen inklusive eines grundlegend konsistenten Verständnisses von Kindheit und Bildung im Sinne des SGB VIII.

Der zweite Punkt, den ich an dieser Stelle kurz benennen möchte, ist die Gretchenfrage der Fachkräftegewinnung und -bindung, die der Antrag dankenswerterweise in den Blick nimmt. Auch der Deutsche Verein spricht sich für den Ausbau praxisintegrierender Ausbildungsmodelle aus sowie die Implementierung multiprofessioneller Teams.

Beides ist aber nicht voraussetzungsfrei und es braucht noch weitere Schritte, denn bei jedem Ruf nach noch mehr Ausbildung muss auch der Ruf



nach mehr Lehrkräften und Schulgebäuden folgen. Bei jedem Ruf nach mehr praxisintegrierender Ausbildung muss der Ruf nach einer Stärkung der Kindertageseinrichtungen als Ausbildungsorte und der Kita-Träger als Ausbildungsträger folgen. Mit Blick auf die Attraktivität des Arbeitsfeldes ist zudem die Implementierung von auch monetär hinterlegten Karrierewegen notwendig sowie der Ausbau und die nachhaltige Absicherung des Unterstützungssystems Fachberatung. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen. Es folgt Herr Nöhring mit seinem Statement. Bitte sehr.

**Alexander Nöhring** (AWO Bundesverband e. V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, Frau Staatssekretärin, liebe Anwesende, auch von meiner Seite einen herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.

Unter den zehn Maßnahmen, die die CDU/CSU-Fraktion vorgelegt hat, sehen wir wichtige Impulse. Insgesamt halten wir vor allen Dingen die angesprochene Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg für essenziell.

Dies umso mehr, als dass, wie wir wissen, die Folgen der Coronakrise noch längst nicht vorbei sind. Die Kinder- und Jugend-Gesundheitsberichte, vor allen Dingen auch mit Blick auf die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, müssen uns doch dringend alarmieren.

Weitere gesellschaftliche Herausforderungen und Unsicherheiten wie Krieg, Klimawandel und Digitalisierung spielen im Leben von Kindern eine ganz wichtige Rolle.

Dabei müssen wir jedoch aus unserer Sicht immer aufpassen, nicht Ursache und Wirkung zu verwechseln. Armut und verminderte Chancen sind keine Folge unzureichend genutzter Bildungschancen, sondern eine Auswirkung ungerechter Verteilung von strukturellen Ressourcen. Es braucht also gute Arbeit für die Eltern, gute und unterstützende Infrastruktur und mehr Geld in

den Familien. All das braucht es. Einseitig hier zu handeln, würde zu kurz gesprungen sein.

Drei Gedanken aus dem vorgelegten Antrag möchte ich gerne noch vertieft aufgreifen:

Zum einen die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Auch aus unserer Sicht ist dies enorm wichtig. Daher unterstützen wir alle Anstrengungen mit Blick auf ein KiTa-Qualitätsentwicklungsgesetz und mindestens die Beibehaltung der jetzigen Bundesfinanzierung an der Kitaqualität. Es ist gut, wenn auch die CDU/CSU-Fraktion dieses unterstützt.

Der zweite Gedanke: Die Ganztagsbetreuung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu verstehen, ist etwas, was wir ausdrücklich unterstützen. Wir regen jedoch dazu an, Ganztagsbetreuung weiter zu denken als Kooperationsstruktur im Sozialraum im Hinblick auf eine Ganztagsbildung, also mit dem Einbezug von Sportvereinen, Musikschulen, offener Kinder- und Jugendarbeit und weiterem, und von Beginn an die Qualität mitzudenken.

Der dritte Gedanke: Das Kinderzukunftsgeld. Auch hier unterstützen wir den Grundgedanken der Zusammenführung von Leistungen, die Neubemessung von Leistungen und die Dynamisierung. Das halten wir für richtig. Um Kinderarmut zu bekämpfen, muss jedoch aus unserer Sicht umfangreicher gedacht werden. Es sind nämlich vor allen Dingen Ungerechtigkeiten zwischen Sozial- und Steuerrecht und die Schlechterstellung von Kindern der Alleinerziehenden. Das sind die Hauptprobleme und deswegen kämpfen wir hier gemeinsam mit vielen für eine echte Kindergrundversicherung.

Einen Gedanken, der im Antrag formuliert ist, den halten wir jedoch für fatal. Er ist auch schon vielfach angesprochen worden: der Finanzierungsvorbehalt. Ungleich und ungerecht verteilte Chancen für Kinder und Jugendliche verbauen nicht nur die Zukunft für viele, sie sind zudem volkswirtschaftlich höchst ineffizient, und dies vor allen Dingen in Zeiten des Mangels an gut qualifizierten



Fachkräften und weitere Herausforderungen, die den im Antrag formulierten Maßnahmen unterliegen. Das allermeiste davon liegt in der Regelungskompetenz der Länder.

Der Bund hat aus unserer Sicht seine Hausaufgaben zu erledigen, die eigentlich schon ganz gut beschrieben sind. Das KiTa-Qualitätsentwicklungsgesetz, die SGB VIII-Reform, die auch hier aus unserer Sicht nicht kostenneutral erfolgen kann und sollte, das Startchancen-Programm, eine echte Kindergrundsicherung und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz zur Stärkung der eigenen Perspektiven von Kindern und Jugendlichen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt Herr Dr. Rodeck, bitte.

**Dr. med. Burkhard Rodeck** (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit einem Zitat beginnen. Das Zitat heißt: „Es gibt keine schärfere Offenbarung für die Seele einer Gesellschaft als die Art und Weise, wie sie ihre Kinder behandelt“. Dieses Zitat kommt von Nelson Mandela. Das wird wahrscheinlich der eine oder andere kennen. Das heißt, es geht bei dieser ganzen Diskussion nicht nur um die Einzelheiten, es geht um die Haltung unserer Gesellschaft zu dieser Generation.

Insoweit haben wir natürlich als Kinder- und Jugendärzte, ich spreche hier für die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, Verständnis für die Intention dieses Maßnahmenkatalogs. Das geht schon in die richtige Richtung.

Aber, das eine „Aber“ haben Sie von Herrn Nöhning schon gehört: Finanzierungsvorbehalt. Finanzierungsvorbehalt bedeutet, dass die vorgelegten Maßnahmen Absichtserklärungen sind. Es ist damit noch nichts entschieden. Es ist damit noch nichts wirklich auf den Weg gebracht. Finanzierungsvorbehalt erfordert immer eine Priorisierung von politischen Entscheidungen. Da stehen wir aus der Perspektive von Kindern und

Jugendlichen sicherlich nicht ganz vorne.

Ein zweites Zitat von James Heckman. Er hat eine sogenannte Heckman-Equation aufgemacht. Er ist Ökonom in Chicago gewesen, Nobelpreisträger, wie Nelson Mandela auch. „Ein Dollar Investition in die ersten Lebensjahre, und besonders in die ersten Lebensjahre, bedeutet ein Return of Investment von neun Dollar. Je später ich investiere, umso weniger Return of Investment bekomme ich“. Das heißt, das ist eigentlich die Zielgruppe, die wir in dieser politischen Diskussion ganz nach vorne stellen müssen.

Ich zitiere nun einen Satz aus der Vorlage: „Es geht um das Ineinandergreifen von Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik.“ Was fällt auf? Die Gesundheitsperspektive steht da gar nicht drin. Das heißt, es muss richtigerweise heißen: „Es geht um das Ineinandergreifen von Familien-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.“ Damit stehe ich hier natürlich als Kinder- und Jugendarzt.

Dann will ich zu dem Thema Haltung nur zwei Punkte anbringen, die gerade in der aktuellen politischen Situation doch einiges an Konnotation/Kommentierung bedürfen.

Das erste: Cannabis-Legalisierungsgesetz. Jetzt wundern Sie sich alle, wieso ich mit so etwas komme. Keine Sorge, ich rede nicht über Cannabis, sondern in dem Cannabis-Legalisierungsgesetz ist auch das Rauchen in öffentlichen Räumen thematisiert. Im Entwurf dieses Legalisierungsgesetzes war klar die Absicht geäußert, dass das Rauchen, das Mitrauchen des minderjährigen Kindes im Pkw beim rauchenden Elternteil verboten werden soll. Das steht jetzt nicht mehr drin. Das ist die Haltung unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein zweiter gesundheitlicher Aspekt: Werbeverbot für an Kinder gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel. Hängt. Da gibt es Widerstände. Man soll aufhören mit den ständigen Verboten. Beides Beispiele für Primärprävention und vor allen Dingen für Verhältnisprävention. Das ist sehr wichtig.



Zu den einzelnen Punkten des Maßnahmenkatalogs... Bin ich schon über die Zeit? Dann kann ich nur ganz kurz dazu Stellung nehmen. Wir haben da eine schriftliche Stellungnahme eingereicht. Einige wesentliche Punkte will ich erwähnen:

Das eine: Mit den Vorsorgeuntersuchungen in den ersten Lebensjahren erreichen Kinder- und Jugendärzte über 98 Prozent aller Kinder in Deutschland. Das heißt, wir brauchen keine neue Doppelstruktur zur Erfassung von Entwicklungsrückständen, sondern wir brauchen eine Stärkung der bereits bestehenden Strukturen, ein faires Abgreifen der vorliegenden Daten und einen Ausbau von Therapieangeboten.

Wichtig ist vielleicht noch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule. Das ist nicht nur Kita und Grundschule, das ist auch die Kooperation des Kinder- und Jugenddienstes mit den Kitas. Das ist auch, und das haben wir im Rahmen des DGKJ-NRW-Projektes vor einigen Jahren schon gezeigt, die soziale Prävention in der Kinder- und Jugendarztpraxis, die Machbarkeit einer engen Kooperation zwischen kinder- und jugendärztlicher Praxis und der Kinder- und Jugendhilfe.

Digitale Bildung von Anfang an, auch ein Punkt, der aus unserer Sicht sehr kritisch betrachtet werden muss. Wann sollen Kinder mit digitalen Medien konfrontiert werden? Nicht bei der Geburt, auch nicht in der Krippe, auch nicht in der Kita. Wir sagen: „Bildschirmfrei bis drei“ und danach sehr kontrolliert und wirklich überlegt.

Der letzte Punkt: Einführung von Familienlotsen für schwer erreichbare Kinder. Der eine oder andere kennt das Projekt Babylotsen in Geburtskliniken oder in Kinderkliniken, ausgesprochen erfolgreich, erreicht niederschwellig auch die Gruppen, die man erreichen möchte, sprich auch die sozial Benachteiligten. Das würden wir auf jeden Fall unterstützen.

Alles Weitere ist in unserer schriftlichen Stellungnahme ausgeführt. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Okay. Ich danke Ihnen. Es folgt Frau Siebern timer, bitte.

**Doreen Siebern timer** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Anwesende, vielen Dank, dass auch ich hier Stellung beziehen darf.

Als GEW begrüßen wir, alle Kinder unabhängig von ihren sozioökonomischen Lebensbedingungen umfassend zu fördern, ihnen zu ermöglichen, dass sie ihre individuellen Potenziale entfalten können. Das hat Verfassungsrang. Dieser Auftrag ist das Gebot der Stunde und alle demokratischen Parteien hier im Deutschen Bundestag stehen in der Verantwortung, diesem formulierten Auftrag im Sinne aller Kinder in diesem Land tatsächlich auch gerecht zu werden.

Mit dem Blick auf die krisengeprägten gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre braucht es eine zukunftsorientierte und konstruktive Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Familien- und daraus resultierender Kinder- und Jugendarmut. Eine solche Gesamtstrategie muss konsequent auf eine armutssensible Infrastruktur abzielen und selbstverständlich monetäre Leistungen umfassen.

Es wird Mut brauchen, volkswirtschaftliche Handlungsspielräume infrage zu stellen und kommunale Realitäten anzuerkennen. Nur mit Perspektive auf die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen der kommenden Jahrzehnte, die die föderale Struktur im Ganzen mit in den Blick nimmt, können in einem breiten Prozess Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zukunftsorientiert und verbindlich reorganisiert werden. Seien Sie in diesem Haus bitte mutig!

Eine bundeseinheitliche Diagnostik zur Erhebung des Entwicklungsstandes von Kindern lehnen wir als GEW ab. Das System der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung benötigt keine additiven, verpflichtenden Maßnahmen, um Kinder individuell zu fördern und zu begleiten. Ein diskriminierungsfreies Heranwachsen in einer Gesellschaft, welche jedem Kind gleichwertige



Lebensverhältnisse ermöglichen soll, ist mit Diagnostikverfahren nicht vereinbar. Eine Förderung, welche in Abhängigkeit von Etikettierungsprozessen bemisst, steht den Werten einer inklusiven Gesellschaft entgegen.

Seit vielen Jahren weisen wir als GEW auf die Notwendigkeit hin, bundeseinheitlich und wissenschaftlich fundierte Arbeits- und Rahmenbedingungen zu schaffen, um die fachlich anspruchsvolle Arbeit der Beschäftigten, der Pädagog\*innen, jederzeit qualitativ und hochwertig umzusetzen.

Das KiTa-Qualitätsentwicklungsgesetz muss daher mit Leben gefüllt werden. Es muss sichergestellt werden, dass wir bundeseinheitlich verbindende Standards implementieren und diese für die Vergleichbarkeit und auch zur Steuerung der Ressourcen nutzen. Sie sind ein Schlüssel in diesem ganzen Prozess.

Der Fachkraft-Kind-Schlüssel auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen, Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit einer jeden Kollegin, Zeit für Leitung. Leitungen sind der entscheidende Schlüssel an pädagogischer Qualität. Zeit für Fort- und Weiterbildung einer jeden Kollegin, lebenslanges Lernen, muss ich nicht ausführen, und die Implementierung von qualitativer Fachberatung sind aus unserer Sicht die Big Fives, die wichtig wären, jetzt tatsächlich auch mit Kraft zu füllen.

Aus unserer Sicht wäre ein effektiver und präventiver Ansatz, die bereits vorhandene Datenerhebung, mein Vorredner hat es gesagt, unter anderem aus kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen, aus Sprachstandserhebungen in den Kindertageseinrichtungen und Vorschuluntersuchungen zu bündeln, auszuwerten und bei der Verteilung von Ressourcen zu berücksichtigen. Ein so gestalteter kommunaler Sozialindex würde frühzeitig auf Benachteiligungsmechanismen hinweisen, ohne Stigmatisierungsprozesse zu initiieren oder Anlässe zu schaffen, die die Fachkräfte zwingen würden, eine pädagogisch defizitorientierte Perspektive auf Kinder einzunehmen.

Eine verpflichtende Vorschulförderung in der Form, wie sie hier angedacht wird, ist aus unserer Sicht rückwärtsgewandt. Es gibt keine empirischen Belege dafür, dass eine verpflichtende Vorschulförderung durch das Implementieren additiver Modelle einen Mehrwert für Kinder und deren Familien bzw. Sorgeberechtigten aufweist. Vielmehr würden zusätzliche exkludierende Strukturen geschaffen und Kinder, die nicht den vermeintlichen Normen entsprechen, ausgesondert.

Eine Verzahnung der Struktur zwischen Kita und Schule braucht es, ganz klar. Da komme ich leider nicht mehr so wirklich dazu, aber zur Deckung des Fachkräftebedarfs: Das ist aus unserer Sicht natürlich der Schlüssel zur Sicherung der Qualität in den Bildungseinrichtungen. Zentral sind hier die hochwertige Ausbildung mit den Rahmenbedingungen. Die jetzige Ausbildung braucht starke Fachschulen und Fachakademien. Die Breitbandausbildung muss gestärkt und erhalten bleiben. DQR-Level 6 ist festzuhalten an der Stelle und die Multiprofessionalität ist hier auch als Ressource für Qualitätsentwicklung ganz deutlich anzusehen.

Die **Vorsitzende**: Kommen Sie zum Schluss.

**Doreen Siebernik** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Leider reicht die Zeit nicht so richtig, aber vielleicht habe ich nochmal die Chance. Herzlichen Dank an der Stelle.

Die **Vorsitzende**: Sie werden noch gefragt werden. Danke sehr. Ich bitte Frau Offer um ihr Statement.

**Regina Offer** (Deutscher Städtetag): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Einladung und für die Gelegenheit, die uns jetzt hier mit dem Antrag gegeben wird, nochmal diesen Gesamtblick auf das System der Kinder- und Jugendhilfe zu werfen.

Es ist aus unserer Sicht absolut unstrittig, dass es notwendig ist, die Infrastruktur der Kindertagesbetreuung quantitativ und qualitativ zu verbessern



und gleichzeitig den eben auch schon von Frau Dr. Koch aufgeworfenen regionalen Blick dabei sehr ernst zu nehmen. Es gibt große regionale Unterschiede bei der Bedarfsentwicklung und auch bei der Notwendigkeit qualitativer Verbesserungen. Insofern ist es absolut notwendig, Länder und Kommunen in die Planung einzubeziehen. Wir können hier nicht bundesweit eine Diskussion führen, weil wir nicht die bundesweit einheitliche Situation haben.

Trotz der ständig steigenden Ausgaben und Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe ist das System der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt überlastet. Das betrifft die Kindertagesbetreuung, die Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern, das betrifft ambulante und stationäre Hilfen zur Erziehung und auch die Jugendämter selbst und den Allgemeinen Sozialen Dienst. Wir haben hier insgesamt die Probleme des Fachkräftemangels und stark steigender Bedarfe, die eben nicht vollständig gedeckt werden können. Das ist, glaube ich, allen bewusst und klar.

Konkret fordern wir, dass das dauerhafte finanzielle Engagement von Bund und Ländern verbessert wird. Es ist notwendig, zum Beispiel das Thema Sprachförderung dauerhaft finanziell gut auszustatten. Wir hatten die Thematik mit dem Auslaufen des Sprachförderprogramms in den Kitas. Es ist unstrittig, das ist ein ganz wichtiges Thema und ein wichtiger Hebel, was die Chancengleichheit angeht.

Wir brauchen aber auch ein neues Investitionsprogramm für den Ausbau der Kitas. Wir haben nach wie vor einen großen Bedarf. Heute haben wir aus der Presse erfahren, dass das im Koalitionsvertrag angekündigte neue Investitionsprogramm nicht kommen soll. Wir bedauern das nicht nur, wir prangern das sozusagen an. Wir brauchen es.

Wir brauchen auch die Fortführung des KiTa-Qualitätsgesetzes, das Ende dieses Jahres ausläuft, denn die Weiterentwicklung der Qualitätsmaßnahmen in Kitas ist unstrittig notwendig, auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den jeweiligen Ländern.

Der Fachkräftemangel ist das dominierende Thema in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir brauchen dringend die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher und sind da seit Jahren auf vielen Ebenen in entsprechenden Gesprächen. Wir hoffen sehr, dass es hier bald zu ganz konkreten Verbesserungsmaßnahmen kommt, damit sich mehr junge Menschen für diesen Beruf entscheiden.

Wir brauchen aber auch die multiprofessionellen Teams. Wir müssen uns nichts vormachen: Wir haben die demografische Entwicklung, wie sie nun mal ist. Wir müssen hier nicht nur auf entsprechende Erstausbildung setzen, sondern wir brauchen auch den Quereinstieg.

Für uns ist ganz wichtig, dass die Regelstrukturen in Kita und Schule vorrangig gestärkt werden. Hier erreichen wir die Familien und können in einer Erziehungspartnerschaft mit den Eltern niedrigschwellig die Angebote unterbreiten. Das ist für uns der prioritäre erste Punkt, dass wir wirklich jedem Kind hier ein bedarfsgerechtes Angebot mit guter qualitativer Ausgestaltung machen können. Danke.

Die **Vorsitzende**: Ich danke Ihnen.

So, jetzt beginnen wir mit der Frage- und Antwortrunde. 60 Minuten sind dafür vorgesehen. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion mit neun Minuten. Hier spricht Erik von Malottki, bitte.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Danke schön, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Expertinnen und Experten, ich möchte mich bedanken, weil das hier heute wirklich ganz viele Menschen sind, die sich so gut mit diesem Bereich auskennen. Das ist für mich von sehr hoher fachlicher Qualität.

Wir verhandeln heute ein Thema, was aus meiner Sicht entscheidend ist – die Bildung unserer Kinder und vor allen Dingen auch die Zukunft unserer Gesellschaft. Aus Ihren Stellungnahmen ist hervorgegangen: Wir haben ein Problem. Wir sehen die Studienlage. Die sagt eindeutig, wir



müssen viel stärker im frühkindlichen Bereich investieren. Wir müssen da was machen.

Wir hören die Berichte der Erzieherinnen und Erzieher, die sagen: „Wir können nicht mehr. Wir können nicht das leisten, was wir eigentlich wollen“ und wir hören die Eltern, die sagen: „Ich wünsche mir, dass meine Kinder mehr Unterstützung bekommen und vor allen Dingen, dass wir auch Plätze bekommen, gute Öffnungszeiten haben und dass die frühkindliche Bildung gesichert ist“.

Das sagt mir, dass wir als Politik was tun müssen. Der Bund muss intervenieren. Es wurde hier auch gesagt, der Bund ist für gleichwertige Lebensverhältnisse zuständig. Der Bund ist der Akteur, der die Möglichkeit hat, einheitlich, sage ich mal, diese Zukunftsinvestitionen zu leisten. Deswegen ist die Lösung aus meiner Sicht das Bundes-Qualitätsentwicklungsgesetz, was die Ministerin noch in diesem Jahr präsentieren wird. Es muss die Lösung sein. Und ich sehe das heute als Anhörung für genau dieses Gesetz.

Was den Antrag der Union angeht, da ist es so, das habe ich auch schon hier im Ausschuss gesagt, dass der einfach viel zu kurz springt und wirklich an der Oberfläche bleibt. Ich gehe gleich darauf ein. Deswegen möchte ich meine Fragen auch so verstanden wissen, dass es mir darum geht: Wie können wir wirklich tiefgreifende Lösungen finden?

In dem Unionsantrag wird viel über Diagnostik gesprochen und das gefordert. Meine erste Frage ist deswegen an Frau Prof. Yvonne Anders: Das eine ist die Diagnostik. Das andere ist, was wir danach tun, also die Förderinstrumente. Das haben Sie in Ihrer Stellungnahme auch sehr gut angesprochen. Was für Förderinstrumente können wir denn nehmen, um zum Beispiel Sprachbildung zu fördern? Welche Erfahrungen haben wir aus dem Programm Sprach-Kitas, das aus meiner Sicht sehr gut evaluiert ist? Können Sie vielleicht zum Punkt der Funktionsstellen etwas sagen?

Die zweite Frage wäre an Frau Siebernik von der

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. Danke auch für Ihren Appell, mutig zu sein. Das kann ich nur unterstützen. Können Sie etwas sagen, bundesweite einheitliche Personalstandards, was könnten das sein in Bezug auf die Frage von Krankheitstagen, von Weiterbildung, von mittelbarer pädagogischer Arbeit? Ist das überhaupt möglich, das bundesweit zu regeln?

Die dritte Frage wäre an Herrn Nöhring: Wie sehen Sie die Notwendigkeit von bundesweiten Standards und können Sie vielleicht auch etwas dazu sagen, was können wir eigentlich zum Thema Fachkräftemangel tun? Was wären die Vorschläge der AWO? Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Das ist eine ganze Menge an Fragen. Ich bitte tatsächlich, auf die Zeit zu schauen. Es sind jetzt drei Personen gefragt, Frau Prof. Anders, Frau Siebernik und Herr Nöhring. Ich bitte Sie, sich das in den etwa zwei Minuten, die übrig bleiben, aufzuteilen. Ein Appell. Bitte sehr.

**Prof. Dr. phil. Yvonne Anders** (Otto-Friedrich-Universität Bamberg): Vielen Dank für die Frage. Zunächst einmal zum Aspekt der Diagnostik oder warum habe ich mich in meiner Stellungnahme auch für die Einführung eines solchen diagnostischen Systems ausgesprochen habe. Die aktuellen Beobachtungsstudien aus den Kindertageseinrichtungen zeigen, dass die Lern- und Bildungsangebote noch nicht hinreichend adaptiv sind. Das heißt, wir benötigen hier eine Diagnostik des Entwicklungsstandes, eben nicht nur, um diejenigen Kinder zu finden, die eine zusätzliche Förderung benötigen, sondern auch, um die Qualität innerhalb der alltagsintegrierten Bildung zu verbessern.

Es existieren unterschiedliche Verfahren, ich kann das am Beispiel Sprache halt aufmachen, die deutlich über das hinausgehen, was zum Beispiel in den U-Untersuchungen bei den Kinderärzten und Kinderärztinnen erfasst wird, die genau hinweisen, wie unterschiedliche sprachliche Komponenten, wie zum Beispiel Wortschatz, phonologische Bewusstheit etc., ausgeprägt sind. Solche Detailinformationen sind durchaus hilfreich und notwendig.



Wichtig ist aber, dass tatsächlich auch die entsprechende Bildung und Förderung darauf abgestimmt werden. Es gab einige sogenannte additive Programme, die umgesetzt, durchgeführt, evaluiert wurden, auf die oft hingewiesen wird, die nicht die entsprechenden positiven Ergebnisse erbracht haben. Zum einen, weil sie oft gar nicht so konzipiert sind, dass sie tatsächlich am individuellen Entwicklungsstand ansetzen, zum anderen, weil sie zu kurz sind und mit den sonstigen Bildungsangeboten nicht abgestimmt und auch nicht kontextualisiert werden mit der sonstigen Situation des Kindes und der Familie.

Hier haben wir uns als SWK für einen besonderen Mehrwert auch solcher Funktionsstellen ausgesprochen, denn Diagnostik und auch sprachliche Bildung sind Aufgaben, die hohe Qualifikationen und Erfahrungswerte benötigen. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, dass wir die Diagnostik als Aufgabe von zusätzlichen Funktionsstellen sehen würden, die gemeinsam mit Familien und Fachkräften hier entsprechende Förder- und Bildungsansätze besprechen könnten.

Wir sehen das im Übrigen auch nicht als Stigmatisierung an der Stelle, sondern, wenn man sich überlegt, was aktuell mit vielen Kindern passiert, sie erhalten nicht hinreichende Förderung, als dass es vor der Schule schon zu entsprechenden Sprachkenntnissen gekommen wäre, diese Kinder erfahren viel Stigmatisierung und Diskriminierung in ihrer gesamten weiteren Bildungslaufbahn, weil sie keine Chance auf Integration und Inklusion haben. Das möchte ich gerne zu bedenken geben, wenn der Satz ausgesprochen wird: „Diagnostik ist immer defizitorientierend und stigmatisierend“. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Auf Vorschlag von Herrn von Malottki würde ich Frau Siebernik das Wort geben und Herrn Nöhring bitten, die Frage an ihn in der zweiten SPD-Runde zu beantworten. Bitte sehr, Frau Siebernik.

**Doreen Siebernik** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Vielen Dank für die Frage. Diese Frage hat zwei Dimensionen. Zum einen die Dimension nach den wissenschaftlichen

Empfehlungen für den Fachkraft-Kind-Schlüssel. Da sind wir in unseren Forderungen ganz klar und eindeutig: Für die Betreuung von einjährigen Kindern ein Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:2, für Ein- bis Dreijährige ein Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:3, für Kinder bis zum Eintritt in die Schule ein Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:8 und für ab sechsjährige Kinder ein Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1:10.

Die Frage nach den Personalstandards bemisst aber eine zweite große Dimension: Wie viel Zeit wird in der wöchentlichen Arbeitszeit bemessen für „Kolleg\*innen werden krank“, „Kolleg\*innen gehen in den Urlaub“, „Kolleg\*innen nehmen an Fort- und Weiterbildungen teil“, „Kolleg\*innen brauchen Zeit für qualifizierte Vor- und Nachbereitung“? In welchen Umfängen in der wöchentlichen Arbeitszeit wird in der Personalbemessung darauf Rücksicht genommen, dass Abwesenheit ganz normal entsteht und dass der Personaldeckel entsprechend da ist, dass nicht bei jedem krankheitsbedingten Ausfall das Chaos in der Einrichtung ausbricht und morgens Eltern angerufen werden müssen mit den Worten „es ist niemand da, wir müssen die Gruppenzeiten begrenzen. Heute findet keine Betreuung statt...“?

Von daher ist es wichtig, dass wir über Personalstandards und an der Stelle auch über Schlüssel nachdenken, nur braucht es da auch Vergleichbares. Es kann nicht sein, dass es in Mecklenburg-Vorpommern anders ist als in Baden-Württemberg oder in Cottbus ganz anders als in Aachen. Von daher braucht es vergleichende Standards. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Ich würde jetzt weitergeben an die CDU/CSU-Fraktion mit acht Minuten. Frau Breher, bitte.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Vielen Dank, vor allen Dingen an die Sachverständigen für Ihre schriftlichen und jetzt mündlichen Ausführungen.

Ich möchte zunächst einmal Frau Prof. McElvany im Hinblick auf die Äußerungen von Frau Siebernik ein paar Fragen stellen.



Sie haben grundsätzlich die Entwicklungsstandards und Sprachtests mit Drei- bis Vierjährigen bzw. die verpflichtende Diagnostik befürwortet. Weshalb halten Sie es für notwendig und weshalb mit einer standardisierten Diagnostik?

Sie haben schon vorhin auf Hamburg hingewiesen. Ich weiß es jetzt auch schon aus vielen Erzählungen, nicht aus fachlicher Expertise, aber ich wüsste es gerne nochmal von Ihnen: Was macht den Unterschied? Was hat sich verändert in Hamburg?

Und vielleicht nochmal eine Replik zu Frau Siebernik, wenn Sie dazu noch etwas sagen wollen, insbesondere, ob es ausreicht, wenn man nur auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel achtet. Danke.

Die **Vorsitzende**: Jetzt hat Frau Prof. McElvany das Wort und dann Frau Siebernik. Bitte sehr.

**Prof. Dr. Nele McElvany** (Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsforschung): Ja, sehr gerne antworte ich auf die drei Fragen.

Die erste Frage: Wieso ist Diagnostik notwendig? Ich glaube, da haben wir heute schon viel dazu gehört. Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule. Es ist sehr unfair, wenn wir die Gelegenheit, sie vorher gut zu fördern, mit den Dingen, die sie brauchen, um gut in die Schule zu starten, alleine lassen, weil wir nicht vorher mit einer Diagnostik, rechtzeitig wohlgemerkt, nicht kurz vor Schulbeginn, wenn nicht mehr viel Möglichkeit zu fördern ist, gesehen haben, wo sie stehen, und sie mit gut evaluierten, wirksamen, verbindlichen Fördermaßnahmen unterstützen.

Kollegin Anders hat ja schon einige Bereiche genannt, für die das sehr sinnvoll ist. Das ist notwendig, weil Kinder eben in ihren Familien unterschiedlich gut unterstützt werden können. Das sehen wir in allen Studien. Das ist notwendig, weil sie auch in den Kindertagesstätten unterschiedlich gut unterstützt werden. Insofern würde ich

die Diagnostik da immer als Hilfe sehen und auf gar keinen Fall als ein Mittel der Diskriminierung in irgendeiner Form.

Wieso Standards? Aus genau dem Grund. Wir wissen, was Kinder brauchen, um erfolgreich in ihre Bildungskarriere zu starten. Die Grundschule ist dieser Schritt. Nach vier Jahren, in 14 der 16 Bundesländer, werden dann die Kinder auf verschiedene weiterführende Schulen aufgeteilt. Da ist wenig Zeit, um Rückstände aufzuholen, die sich schon vorher die ersten sechs Jahre möglicherweise angesammelt haben, weil nicht rechtzeitig unterstützt wurde. Standards, die ganz klar zeigen, „ein Kind steht hier, da müsste es altersgemäß stehen, damit es erfolgreich in die Schule starten kann, da müssen wir fördern“, können hier sehr helfen.

Hamburg hat diesen Weg vor einigen Jahren eingeschlagen. Diejenigen, die schon lange Bildungsfragen verfolgen, wissen das sicher noch: Hamburg war genauso wie Bremen und Berlin immer das Schlusslicht in egal welchen Vergleichsstudien. Es wurde immer gesagt: „Stadtstaat, schwierige Schülerschaft, daran liegt es“. Hamburg hat sich da auf den Weg gemacht. Und die vorschulische Förderung ist nur ein Element. Ich will überhaupt nicht sagen, „Vorschule und dann wird alles ohne weitere Maßnahmen wunderbar“, aber es ist ein ganz wesentlicher Punkt. Die Vierzehnjährigen werden dort getestet. Diejenigen, die einen deutlichen Förderbedarf haben, gehen in eine verbindliche Vorschulförderung. Die Vorschule kann in den Kindertagesstätten oder in den Grundschulen angesiedelt sein.

Wir sehen, wie die Veränderungen in den Hamburger Bildungserfolgen sind. Insofern denke ich, dass das Konzept dort sicher ein gutes Vorbild für andere Länder in Deutschland sein kann, die sich da auf den Weg machen möchten.

Die **Vorsitzende**: Danke. Frau Siebernik, Sie waren noch gefragt.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Nein, ich habe sie nicht gefragt.



Die **Vorsitzende**: Ach so, Entschuldigung. Gut, dann bitte das Wort zurück an Sie. Ich hatte es anders verstanden.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Die Chance war einfach nur nochmal darauf zu antworten. Ohne Frage ist das natürlich schwierig und deswegen hatte ich der Frau Professorin die Möglichkeit gegeben. Ich hätte weitere Fragen an Matthias Dantlgraber. Ich würde Sie bitten, nochmal auf das Thema Frühe Hilfen einzugehen, inwiefern es aus Ihrer Sicht sinnvoll ist, die Frühen Hilfen zu stärken.

Die **Vorsitzende**: Herr Dantlgraber, bitte sehr.

**Matthias Dantlgraber** (Familienbund der Katholiken, Bundesverband): Ja, genau. Vielen Dank für die Frage, Frau Breher. Der Familienbund unterstützt uneingeschränkt die Förderung der Frühen Hilfen. Da scheint mir eigentlich im Grundsatz ein gewisser Konsens zu sein, immerhin hat der Koalitionsvertrag an der Stelle auch eine Dynamisierung vorgesehen.

Auch im Bundesrat gab es eine Initiative, ich glaube 2019, wo ziemlich detailliert ausgeführt wurde, warum da steigende Mittel erforderlich sind. Stichworte: Gestiegene Anzahl an geflüchteten Familien, durchaus auch familiäre Kontexte, die komplizierter geworden sind, psychische Erkrankungen, jetzt auch in der Zeit von Corona. Das heißt, insgesamt sind die Bedarfe gestiegen. Deshalb meine ich, dass die Dynamisierung das Mindeste ist.

Allerdings kann die Dynamisierung auch nur das Maß erhalten, das man bisher hat. Insofern wäre wahrscheinlich ein Aufwuchs der Mittel an der Stelle erforderlich. Und da wir ja gesagt haben, die Wissenschaft zeigt „je früher man Hilfe in familiären Kontexten anbietet, desto besser“, würde ich sagen, dass die Frühen Hilfen zu priorisieren sind und ganz besonders wichtig sind.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Dann zwei weitere Fragen an Herrn Dantlgraber, einmal zum Thema Fachkräftebedarf. Da sind wir uns glaube ich alle einig, dass ein Fachkraft-Kind-Schlüssel sinnvoll ist, und je besser er durchgehalten wird, desto besser. Wir brauchen aber auch Maßnahmen, um Fachkräfte zu generieren. Welche Ideen haben Sie, um den Fachkräftebedarf im Bildungs- und Betreuungssystem decken zu können? Und das jetzt bitte unabhängig von der Zuständigkeit Kommune, Land, Bund. Das Thema geht uns alle an, wir brauchen an der Stelle eine gemeinsame Kraftanstrengung. Deswegen „ist mir jetzt Wurst“, wer da zuständig ist.

Und können Sie vielleicht noch etwas zu unserem letzten Punkt sagen, zum Thema Familienlotsen, wieso und weshalb Sie sie für notwendig halten? Danke.

Die **Vorsitzende**: Okay. Bitte sehr, Herr Dantlgraber.

**Matthias Dantlgraber** (Familienbund der Katholiken, Bundesverband): Das Thema Fachkräfte ist wahrscheinlich das wichtigste Thema überhaupt, weil viele Maßnahmen, die in diesem Antrag geschrieben worden sind, funktionieren ja nur, wenn wir ausreichend Fachkräfte haben. Es ist ohne Frage ein sehr schwieriges Thema, das anspruchsvoll ist, sodass es da nicht die eine Lösung gibt. Da muss man wahrscheinlich an allen Stellenschrauben ansetzen.

Zum einen muss man die Ausbildung attraktiver machen, also auch eine Ausbildungsvergütung vorsehen. Man muss wahrscheinlich für den Beruf werben, man muss den Beruf insgesamt, ideell und auch finanziell, aufwerten. Dann hängt eigentlich der gesamte Qualitätsdiskurs da mit dran, weil die Fachkräfte, man landet leicht in so einer Spirale nach unten, und ich glaube, wir sind da mittlerweile auch drin, gehen aufgrund der mangelnden Qualität oft raus aus dem System. Das heißt, die Spirale geht nach unten und wir müssen schauen, dass die Spirale wieder nach oben geht. Das heißt, an den Qualitätsmerkmalen ansetzen. Das betrifft auch die Räumlichkeiten, dass man in attraktiven Räumlichkeiten arbeitet, dass



die Räumlichkeiten groß genug sind, dass man die Gelegenheit hat, auf die Kinder einzugehen, also das zu machen, wieso die Leute überhaupt den Beruf ergreifen, dass man Zeit hat für die einzelnen Kinder.

Dann muss man auch andere Politikbereiche nochmal in den Blick nehmen. Zum Beispiel ist auch die Wohnungspolitik so ein Punkt, weil viele Erzieherinnen und Erzieher mit ihrem Gehalt sich gar keine Wohnung in den Ballungsräumen leisten können. Auch dann fehlt das Personal in der Kindertagesstätte. Insofern würde ich sagen, da müssen alle Akteure und alle Ideen aktiviert werden, um voranzukommen, denn ohne gute Fachkräfte geht es mit der Qualität nicht voran.

Die weitere Frage betraf die Familienlotsen. Das ist eine Maßnahme, die auf Familien mit besonderem Bedarf konzentriert ist. Das Konzept bildet Mütter im Migrationsbereich, zum Beispiel langzeitarbeitslose Frauen, die migriert sind, in sozialen Berufen aus, und diese unterstützen andere Familien. Das, würde ich sagen, ist eine sehr gute, sehr vielversprechende Idee, die jetzt momentan in NRW und Berlin umgesetzt wird. Da würde ich auf jeden Fall anknüpfen, weil es richtig ist, dass gerade die Familien mit Migrationshintergrund vielleicht Schwierigkeiten haben, die Komplexität des deutschen Hilfesystems zu durchschauen und zu den Hilfen zu kommen, die ihnen eigentlich angeboten werden.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit zehn Minuten. Hier fragt Frau Dr. Krumwiede-Steiner. Bitte sehr.

Abg. **Dr. Franziska Krumwiede-Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und natürlich auch herzlichen Dank an Sie für Ihre schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen. Ich habe gerade noch als Mitglied des Elternrats eine WhatsApp an unsere Kita-Gruppe weitergeleitet, dass die Kita morgen regulär geöffnet hat. Das ist das erste Mal in zwei Wochen. Da freuen sich die Anwesenden sehr darüber.

Dementsprechend unterstützen wir natürlich als bündnisgrüne Fraktion die Zielrichtung des Antrags, weil wir schon früh erkannt haben, dass man daran ansetzen muss, den Bildungserfolg der Schüler\*innen bzw. der Kinder vom Elternhaus zu entkoppeln. Wir würden aber sagen, dass wir als Ampelkoalition teilweise weitergehen. Der Antrag geht nicht so weit, wie wir das teilweise tun. Er ist quasi eine „Kindergrundsicherung light“ und in manchen Punkten muss man eben weitergehen. Die am 8. März veröffentlichte Studie von der Hans-Böckler-Stiftung hat gezeigt, dass schon ein Rumpfmessmodell der Kindergrundsicherung zu einem weitergehenden Erfolg führen und die Chancengleichheit weit voranbringen würde.

Wir bearbeiten einige sogenannte neue Maßnahmen in Ihrem Antrag. Viel Neues ist da jetzt nicht drin. Das haben wir schon gemacht. Mit dem KiTa-Qualitätsgesetz stärken wir die frühkindliche Bildung, mit dem Startchancenprogramm bringen wir Schulsozialarbeit an die Schulen, wir setzen das Recht auf einen Ganztagsplatz um, wir haben eine Fachkräfteoffensive gestartet, mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht setzen wir das um, und der Digitalpakt kommt hoffentlich auch noch bald. Damit stärken wir das Bildungssystem. Ich danke Ihnen trotzdem für den Antrag, weil er eben nochmal den Blick auf die ganze Systematik, auf das ganze System schärft.

Sie haben gerade eben ausführlich dargestellt, wo es hakt. Ich habe zwei Fragen jeweils, also insgesamt vier Fragen, zwei Fragen an Niels Espenhorst und zwei Fragen an Maria-Theresia Münch.

Im Punkt 2 des Unionsantrags wird eben diese jetzt mehrfach schon besprochene bundesweite einheitliche Diagnostik gefordert. Ich würde Sie bitten, Herr Espenhorst, diese Forderung aus Ihrer Sicht zu bewerten, darauf einzugehen, ob möglicherweise auch andere Modelle vorstellbar sind, um Risiken für Benachteiligungen zu erkennen und bestehende Benachteiligungen abzubauen, das war ein wichtiger Punkt von Ihnen. Und wenn es andere Konzepte gibt, da eben auch auf jeweilige die Vor- und Nachteile einzugehen.



Im Punkt 4 ist die Sprachförderung genannt. Wie sind Ihre Erfahrungen damit? Es wäre schön, wenn Sie auch auf das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ eingehen könnten.

Die **Vorsitzende**: Bitte sehr, Herr Espenhorst.

**Niels Espenhorst** (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.): Gut. Maria-Theresia, ich mache es kurz. Grundsätzlich zum Thema des Abbaus der Benachteiligungen: Ich finde, Diagnostik ist an und für sich nicht falsch, aber wir müssen früher ansetzen. Wir wissen aus der Bildungs- und Sozialforschung, welche Kinder von Benachteiligungen betroffen sind. Und es wäre jetzt schon möglich, anhand von Sozialindikatoren, die Kitas, die von einem hohen Anteil von Kindern mit dem Risiko einer Benachteiligung besucht werden, besser auszustatten. Wenn wir erst warten, bis sich die Benachteiligung manifestiert hat und die Kinder schon im Rückstand sind, und dann erst einsetzen, wäre es falsch. Wir können in der Kita schon früher einsetzen und die Kitas entsprechend ausstatten.

Zum Bundesprogramm Sprach-Kitas kommen mir zwei Sachen manchmal zu kurz: Die Begleitung durch Fachberatung und die Zusammenarbeit bzw. die Einbeziehung der Eltern. Das sind ganz entscheidende Aspekte, die zum Erfolg einer Maßnahme beitragen. Das heißt, es geht nicht um Sprachkurse für Kinder. Das ist viel zu einfach gedacht. Spracherwerb bei Kindern ist etwas, was im Aushandlungsprozess passiert. Die Kinder lernen, Argumente zu benutzen, ihre Sprache zu benutzen, um sich im Alltag durchzusetzen und auszutauschen. Das geht nicht über additive Sprachbildung, wie man das beim Fremdspracherwerb kennt. Wir müssen da sehr viel komplexer denken. Vielleicht so weit erstmal.

Abg. **Dr. Franziska Krumwiede-Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Dann würde ich mit zwei Fragen an Maria-Theresia Münch anschließen, und zwar betreffend den Punkt 7 – Verbesserung der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Wie kann es unter Beibehaltung der vorhandenen Vielfalt und der landesspezifischen

Ausgestaltung der Angebote gelingen, dennoch bundesweit eine annähernd gleichwertige Qualität in den Angeboten sicherzustellen?

Die **Vorsitzende**: Bitte sehr, Frau Münch.

**Maria-Theresia Münch** (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.): Vielen Dank für die Frage. Ich hatte zwei Stichworte in meinem Eingangsstatement schon genannt, nämlich einen gemeinsamen Qualitätsrahmen und ein gemeinsam entwickeltes konsistentes Verständnis von Kindheit und Bildung.

Die KMK hat unlängst einen Qualitätsrahmen vorgelegt, der aber eben kein gemeinsamer ist, sprich nicht von der JFMK, dem System der Kinder- und Jugendhilfe, quasi mitgezeichnet wurde. Das steht nach Ansicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins noch aus. Zum anderen hatte ich auch schon das Stichwort Bedarfsplanung angesprochen. Also beides: Ein Qualitätsrahmen, der von beiden Seiten mitgezeichnet wird, und eine Bedarfsplanung, die unter Beteiligung von Kindern und Eltern auch die Kommunen und die Länder miteinbezieht. Die ist essenziell als Grundlage für Gleichwertigkeit. Um überhaupt eine Vorstellung von Gleichwertigkeit zu bekommen, braucht man Daten.

Es ist nicht einleuchtend, warum es seit zig Jahren der StEG-Forschung, also der Ganztagschulforschung, bislang nicht gelungen ist, und die KMK nach wie vor noch nicht in der Lage ist, eine Datenlage zur Verfügung zu stellen, die mit der Kinder- und Jugendhilfestatistik, die schon sehr elaboriert ist, in irgendeiner Form kompatibel ist. Gerade mit Blick auf die StEG-Forschung ist ja schon relativ viel passiert, aber das ist einfach zu wenig und die KMK ist da definitiv noch in der Bütt.

Man könnte nochmal darüber nachdenken, auch ein begleitendes Monitoring wie beim KiQuTG einzuziehen. Das kann der Bund in jedem Fall tun und das könnte man implementieren, um Entwicklungen zu begleiten und die Akteure darin zu unterstützen.



Gleichwertigkeit kann auch darüber hergestellt werden, dass man zum Beispiel Begleitstrukturen, die vorhanden sind, stärkt und weiter ausbaut. Ich meine da zum Beispiel die Fachberatung im System der Kindertagesbetreuung oder eben auch die schulischerseits bestehenden Begleitstrukturen, wie die Bildungsbüros etc. pp., dass man die sozusagen noch weiter stärkt.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Weitere Fragen?

Abg. **Dr. Franziska Krumwiede-Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Eine Frage hätte ich noch, und zwar zum Punkt 8 – Deckung des Fachkräftebedarfs im Betreuungs- und Bildungssystem: Wie können Bund, Länder und Kommunen aus Ihrer Sicht einen Rahmen schaffen, um dem Fachkräftemangel vor Ort zu begegnen?

**Maria-Theresia Münch** (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.): Auch hier vielen Dank für die Frage. Ich möchte gerne die Fachkräftestrategie des Bundes, die jetzt fast zu ihrem Ende gekommen ist, erwähnen. Nach Ansicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins ist das schon eine gute Grundlage für einen gemeinsamen Rahmen. Ich erinnere zum Beispiel an die in den 10er Jahren stattgefundenen Fachkräftestrategie. Da haben wir auch schon gute Vorschläge gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, dem Bund und den Ländern erarbeitet. Die sind aber, wenn man ehrlich ist, wieder im stillen Kämmerlein bzw. im Schrank verschwunden.

Damit das nicht passiert, würde auch hier nach Ansicht der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins sicherlich nochmal über ein fortlaufendes Monitoring zu den erarbeiteten gemeinsamen Empfehlungen, die wirklich nach unserer Ansicht schon eine gute Grundlage für einen gemeinsamen Rahmen von Bund, Ländern, Kommunen und Trägern darstellen, nachzudenken sein.

Im Koalitionsvertrag steht noch das Vorhaben eines gesetzlichen Rahmens für die Aus- und Weiterbildung der Erzieher\*innen. Ob das realistisch umgesetzt werden kann, darf bezweifelt werden,

auch weil der Bund eben keine Aktien in diesem Feld hat und den Ländern im Grunde auch nichts anzubieten hat. Es sei denn, er würde nochmal Geld in die Hand nehmen für Initiativprojekte für eine Fachkräftestrategie. Aber das Essentielle, glaube ich, ist, dass der Bund in seiner Rolle, solche Prozesse zu initiieren und zu begleiten, ein starkes Pfund in diesem Kontext hat, Stichwort Monitoring.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Weitere Fragen?

Abg. **Dr. Franziska Krumwiede-Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch anderthalb Minuten, oder? Die würde ich jetzt ungern verschenken. Ich habe noch eine Frage, die ich gerne anschließen würde.

Die **Vorsitzende**: Natürlich.

Abg. **Dr. Franziska Krumwiede-Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten vorhin auch die PiA-Ausbildung angesprochen, Frau Münch. Vielleicht können Sie nochmal etwas dazu sagen, weil ich da unterschiedliche Rückmeldungen kriege. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wie das eine Fachkräftestrategie ist.

**Maria-Theresia Münch** (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.): Die praxisintegrierenden Ausbildungsmodelle sind grundsätzlich erstmal ein wirklich gutes Pfund, um Fachkräfte zu gewinnen und auch zu qualifizieren sowie im besten Fall auch zu binden, weil sie dann schon in der Arbeit, also in der Praxis stehen.

Allerdings ist diese Ausbildungsform nicht voraussetzungsfrei. Es braucht für die Kindertageseinrichtungen eine stärkere Unterstützung. Sie müssen als Ausbildungsort stärker konturiert werden, zum Beispiel über Ressourcen für Praxisanleiter\*innen und für ein gemeinsames Curriculum für Praxisanleiter\*innen in den Kindertageseinrichtungen. Ich glaube, es braucht auch ein Stück weit eine Neubemessung der Zuständigkeit von Fachschulen und Kindertageseinrichtungen in diesem Ausbildungskontext.



Die vollzeitschulische Ausbildung ist als solche trotzdem nach wie vor auch ein gutes Ausbildungsmodell. Die praxisintegrierte Ausbildungsmodelle sind aber für diejenigen, die diese Ausbildung machen, auch sehr voraussetzungsvoll. Dafür brauchen sie Unterstützungsstrukturen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Es folgt jetzt die Fraktion der AfD mit sechs Minuten. Frau Höchst, bitte sehr.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Vielen herzlichen Dank für das Wort, Frau Vorsitzende, und auch herzlichen Dank an die Union für die Vorlage dieses Antrags, der sehr wichtig ist, weil er deutlich beleuchtet, was alles im Argen liegt. Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Beiträge der Experten, die sich jetzt schon auf viele Fragen umfassend geäußert haben. Ich hätte aber trotzdem noch welche.

Und zwar, meine erste Frage geht an Frau Münch. Sie hatten das Stichwort Bedarfsplanung fallen lassen und es ist eben sehr richtig dargestellt worden, dass Sprachenlernen und Spracherwerb nicht der Logik und Systematik des Fremdsprachenlernens folgen, sondern dass das eine eigene Logik hat, dass das sehr intuitiv ist, dass das viel Betreuungsumfang bedarf und dass das auch hoch repetitiv sein muss. Wie könnte man da den Bedarf ermitteln, wenn wir so viele Kinder haben, die plötzlich in der Schule sind und noch kein Deutsch können?

Das ist auch gleich meine zweite Frage. Oft finden sich gerade die Kinder, die Deutsch lernen müssten, gar nicht in den Kindergärten. Wie könnte man die Familien dafür gewinnen, ihre Kinder in die Kindergärten zu geben, damit wenigstens eine Chance besteht, Deutsch zu erlernen?

Die **Vorsitzende**: Beides an Frau Münch, bitte.

**Maria-Theresia Münch** (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.): Vielen Dank für die Fragen. Mit Blick auf die Bedarfsplanung, ich sage mal die Planung, um Kinder in den Blick

zu nehmen, die einen erhöhten Sprachförderbedarf haben, wurden hier in der Runde schon hinlänglich Vorstellungen geäußert. Ich glaube, dass die bestehenden Vorsorgeuntersuchungen insofern das Thema der Sprachstandserhebung mit aufgreifen können. Es gibt schon elaborierte Modelle, die man sicherlich ausweiten kann.

Mit Blick auf Ihre zweite Frage, wie man Familien stärker unterstützen kann, also wo möglicherweise Kindertageseinrichtungen noch nicht der Ort sind, wo sie ihre Kinder gerne hinbringen wollen würden: Nach Ansicht des Deutschen Vereins wären hier beispielsweise die Familienzentren ein Weg, also Strukturen zu schaffen, Familienbildungsmaßnahmen zu stärken, damit auch im Sinne von zugehender Familienbildungsarbeit oder familienunterstützender Maßnahmen, es sei zum Beispiel das Stichwort Kita-Sozialarbeit gefallen, Leute aus dem System der Kindertagesbetreuung auf die Familien zugehen können und Brücken schaffen, um sie für die Kindertagesbetreuung zu gewinnen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Weitere Fragen?

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Ja, ich habe bitte noch weitere Fragen an Herrn Dr. Rodeck. Ihre Stellungnahme zur gebotenen Zurückhaltung in Bezug auf die Digitalisierung von Kindertagesstätten hat mich aufhorchen lassen. Ganz offensichtlich kennen Sie sich mit Entwicklungspsychologie und Hirnforschung aus.

Haben Sie Erkenntnisse zu den psychologischen Entwicklungen oder der Hirnentwicklung und auch zu dem Kindeswohl, wenn Kinder über lange Zeit, zum Beispiel in der Grundschule, ohne des Deutschen mächtig zu sein, dem Unterricht ausgesetzt sind, den sie gar nicht verstehen? Was macht eine solche Schulerfahrung wie im letzten Sommer in Ludwigshafen, wo ganze Grundschulklassen sitzen geblieben sind, mit den Kindern, die dort nicht folgen können? Halten Sie eine Schuleingangsuntersuchung für ausreichend, um den Förderbedarf im sprachlichen Bereich zu diagnostizieren oder ist die zu spät?



Die **Vorsitzende**: Dr. Rodeck, bitte.

**Dr. med. Burkhard Rodeck** (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V.): Vielen Dank für die Frage. Zur Frage der neurobiologischen Entwicklung des Gehirns bei Kindern: Wir gehen davon aus, dass der Säugling, wenn er auf die Welt kommt, nur wenig Nervenverbindungen im Gehirn hat. Diese Nervenverbindungen werden bis zum Alter von drei Jahren auf eine riesige Anzahl anwachsen und dann sinken sie wieder. Das bedeutet also, innerhalb dieser ersten drei Jahre ist der Einfluss der Umwelt auf diese Kinder entscheidend.

Welche Umwelt kriegen sie aber geboten? Am schlimmsten ist, wenn ich mein nerviges Kleinkind vor einen Bildschirm setze und damit ein bisschen Ruhe habe, aber dieses Kind eben die Welt nur zweidimensional erlebt. Das ist schlecht. Das führt letztlich dazu, und das ist in vielen Studien auch belegt, dass die sogenannte AWMF-Leitlinie, die AWMF ist die Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften, sehr klar und evidenzbelegt zu dem Schluss kommt, dass bis zum Alter von drei Jahren ein Bildschirm von den Kindern möglichst ferngehalten werden soll, zumindest als direkter Adressat. Sie kriegen es natürlich mit, wenn die Eltern oder Großeltern mit ihren Smartphones was machen.

Die Frage des Einflusses bei Grundschulkindern, die der deutschen Sprache nicht so mächtig sind, dass sie dem gut folgen können, würde ich eigentlich unabhängig von der Bildschirmnutzung sehen. Es ist eine generelle Frage. Insoweit sind alle Anstrengungen, die wir unternehmen können, auch in der frühen Kindheit, diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, Deutsch zu erlernen und damit eben in unserer Gesellschaft auch adäquat umgehen zu können, natürlich sinnvoll und richtig. Der Bildschirm spielt da vielleicht eine weniger große Rolle.

Er spielt natürlich im gesamten Kindesalter eine Rolle. Wir sind jetzt nicht nur bei den Dreijährigen, bis dahin keinen Bildschirm. Danach müssen die Kinder natürlich in die digitale Welt

eingeführt werden. Die digitale Welt umgibt uns. Das ist der Lebensalltag. Es macht keinen Sinn, da was zu verbieten, aber die Nutzung muss unter kontrollierten Bedingungen und unter vernünftigen Voraussetzungen stattfinden. Danke.

Die **Vorsitzende**: Gut, dann gehen wir zur FDP-Fraktion über mit acht Minuten. Herr Seestern-Pauly, bitte.

Abg. **Matthias Seestern-Pauly** (FDP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Staatssekretärin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich zu Beginn auch nochmal bei allen Sachverständigen bedanken für die Ausführungen.

Ich kann an dieser Stelle schon sagen, dass ich die Auffassung teile, dass der vorgelegte Antrag einige sinnvolle Absichtserklärungen beinhaltet, aber – und das ist aus meiner Sicht entscheidend – strukturelle, finanzielle und rechtliche Lücken bzw. Schwächen aufweist.

Vor dem Hintergrund dessen, dass meine Kollegin, Frau Adler, gleich auch noch Fragen stellen möchte, beeile ich mich.

Ich habe drei Fragen, zum einen an Herrn Dr. Rodeck. Sie hatten in Ihrer ersten Stellungnahme schon ausgeführt, dass ein „Mehr“ an Diagnostik nicht sinnvoll wäre. Könnten Sie das vielleicht nochmal weiter ausführen, auch weil das ein Stück weit abgebrochen wurde, weil die Zeit vorbei war?

Zum Zweiten habe ich eine Frage an Herrn Krause bezüglich der im Punkt 3 und Punkt 4 aufgeworfenen Frage einer verpflichtenden Vorschulförderung, die ich persönlich diskussionswürdig finde. Aber die Frage, die ich mir dahingehend gestellt habe, lautet: Ist es denn sinnvoll, erst so spät anzufangen? Eigentlich muss doch die Sprachförderung wesentlich früher ansetzen. Vielleicht können Sie dazu einmal Stellung nehmen.

Und zum Dritten eine Frage an Herrn Nöhring: Ich



finde, Sie haben eine der ganz großen Schwächen dieses Antrags herausgearbeitet, nämlich dass in diesem Antrag sehr viel in der Länderzuständigkeit liegt. Beispielsweise, und das ist eigentlich so das Prädikanteste, heißt es im Antrag: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf – zwei Sachen, die in der Zuständigkeit der Länder sind – nämlich die frühkindliche Bildung und den Bereich der Grundschule in einem Ministerium auf Landesebene zusammenzuziehen“. Also der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dass die Landesregierungen etwas tun sollen.

Um es mal ein bisschen klarer zu fassen: Sind Sie der Meinung, dass der Antrag, wenn er sinnvoll sein soll, in Gänze entweder klarer abgegrenzt sein müsste in dem, was wir gemeinsam tun können, wollen und auch müssen, oder man festhalten muss, dass hier vielleicht der unterschwellige Wunsch seitens der Union zum Tragen kommt, dass wir eine Föderalismusreform brauchen?

Die **Vorsitzende**: Herr Krause und Herr Nöhring, bitte.

**Heiko Krause** (Bundesverband für Kindertagespflege e.V.): Dann fange ich mal an. Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für die Frage. Wir sehen es auf jeden Fall so, dass Sprachförderung sehr früh beginnen muss. Deshalb haben wir damals auch sehr kritisch gesehen, dass die Kindertagespflege nicht in den Bereich Sprach-Kitas mit einbezogen worden ist.

Bereits sehr junge Kinder können zum Beispiel unterschiedliche Sprachen wahrnehmen durch unterschiedliche Betonungsmuster. Bereits sehr junge Kinder können über den sogenannten triangelären Blick wahrnehmen, wenn hier ein Apfel läge und die Kindertagespflegeperson oder Erzieherin schaut sich diesen Apfel an und sagt: „Es ist ein Apfel“, dann kann das Kind schon durch diese Beziehung wahrnehmen, dass das eben ein Apfel sein muss, kann diesen Begriff erkennen. Das heißt, es ist ganz entscheidend, dass wir mit der Sprachförderung nicht erst in der vorschulischen Phase anfangen, sondern auf jeden Fall schon in der Kita oder in der Kindertagespflege. Das sollte, glaube ich, nochmal dargestellt

werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Nöhring, und Herr Dr. Rodeck war ja auch noch gefragt. Bitte sehr.

**Alexander Nöhring** (AWO Bundesverband e. V.): Ganz herzlichen Dank für die spannende Frage. Die Frage der Abgrenzung: Ich finde, das in dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion dargestellte oder nochmal auf das Tableau gehobene Bewusstsein dafür, dass wir gerade in der frühkindlichen Bildung enorme Anstrengungen vor uns haben, das hatte ich auch eingangs gesagt, das unterstützen wir sehr, vor allen Dingen auch an der Stelle, wo sich daraus eine klare Verpflichtung für eine Bundesfinanzierung ergibt. Das haben wir verschiedentlich dargestellt.

Das ist im KiTa-Qualitätsentwicklungsgesetz, da darf der Bund nicht nachlassen, hier mit Bundesgeld dieses zu unterstützen. Es geht um die Geldleistungen, Stichwort Kindergrundsicherung, auch da darf der Bund nicht nachlassen, sondern hier braucht es massiv, auch in der bundesgesetzlichen Zuständigkeit, die Unterstützung der Familien, der Kinder und der Jugendlichen. Ähnlich auch in der Rahmengesetzgebung SGB VIII, über den Rechtsanspruch zum Beispiel auf Kindertagesbetreuung, auf Ganztagsbetreuung, auch hier ist der Bund gefragt.

Insofern ist das hier immer eine gemeinsame Zuständigkeit, vor allen Dingen auch den Einstieg in Qualitätsstandards und Finanzierung miteinander zu verbinden, wie wir das auch in der KiTa-Qualitätsentwicklung in den Bundesgesetzen durchaus erlebt haben. Das ist auch ein Weg, die Bundesländer zu unterstützen.

Folgt daraus der Ruf an eine Föderalismusreform? Aus unserer Sicht ist es durchaus im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dringend geboten, dass der Bund stärker Bildungsfragen in den Blick nimmt. Ob die CDU das damit intendiert, das vermag ich nicht zu sagen. Ich vermag das zu bezweifeln.



Wir als Arbeiterwohlfahrt, wir würden ganz klar sagen: Klare Qualitätsstandards sollten bundesgesetzlich noch stärker verankert werden. Ein Stichwort: Wir sehen es an den Schwierigkeiten beim DigitalPakt Schule, wie dieser an der Länderzuständigkeit zum Teil gescheitert ist. Das können wir uns eigentlich im Bereich der Bildung bzw. der frühkindlichen Bildung nicht mehr erlauben. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Herr Dr. Rodeck, bitte.

**Dr. med. Burkhard Rodeck** (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V.): Vielen Dank, Herr Seestern-Pauly, für die Frage nach mehr Diagnostik/weniger Diagnostik. Das ist gar nicht die Frage. Ich habe nichts gegen mehr Diagnostik. Es ist nur die Frage, wo sie stattfindet.

Der Kinder- und Jugendarzt, der seinen Patienten kennt, wenn er ihn wirklich seit der Geburt kennt, hat die Zeit vor letztlich der Krippe und Kita im Blick und führt ein standardisiertes Diagnostikprogramm durch, um den Gesamtentwicklungszustand, unter anderem auch die Sprachentwicklung, im Auge zu behalten, also nicht nur die Sprachentwicklung, und kann dann entsprechende Fördermaßnahmen einleiten.

Das heißt, man müsste nur, wenn man jetzt einen Gesamtüberblick haben möchte, diese Daten zusammenfassen. Das heißt also, es ist eher eine Frage: Kriege ich diese Daten auswertbar oder muss ich jetzt ein neues diagnostisches Verfahren in Kitas aufbauen, um daraus auswertbare Daten zu gewinnen? Das ist, glaube ich, im Moment der Kernpunkt dieser Diagnostik.

Was für uns sehr viel wichtiger ist, ist letztlich dann auch die Erkennung von Notwendigkeiten spezifischer Fördermaßnahmen in der Gesamtentwicklung und die dann daraus folgenden Konsequenzen. Da sehen wir zum Beispiel, dass in den sozialpädiatrischen Zentren, wir haben 150 sozialpädiatrische Zentren in Deutschland, die 500.000 Patienten im Jahr betrachten, die Wartezeit von 60 Prozent dieser Kinder auf einen

entsprechenden Therapieplatz in sozialpädiatrischen Zentren bei über sechs bis zwölf Monaten liegt.

Das heißt, ich will das gar nicht gegenrechnen, aber wenn wir Diagnostik machen, müssen wir dann natürlich auch schauen: Wie können wir diese Patienten, denn dann sind es Patienten, auch in entsprechende Therapieangebote bringen?

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Frau Adler noch.

Abg. **Katja Adler** (FDP): Ich würde noch ganz kurz ergänzen und auch eine Frage an Sie, Herr Dr. Rodeck, stellen. Und zwar wurde es schon angesprochen und in Maßnahme 8 steht ja auch viel über gut ausgebildetes Personal für ein leistungsfähiges Betreuungs- und Bildungssystem. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang, dass eine deutschlandweite Studie im Rahmen des Projektes „Sexuelle Bildung für das Lehramt“ ermittelt hat, dass 90 Prozent der Studierenden und Lehrkräfte während ihrer Ausbildung nichts über Gefahrenprävention und Erkennen sexualisierter Gewalt mitbekommen haben?

Dann noch eine kurze Frage zu Corona: Welche notwendigen medizinischen Maßnahmen, gerade für Kinder und Jugendliche, sehen Sie im Nachgang zum Aufarbeiten der Corona-Auswirkungen?

**Dr. med. Burkhard Rodeck** (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e.V.): Zur ersten Frage: Da haben Sie natürlich recht. Wir haben verschiedene Aspekte, die letztlich in der Wahrnehmung der Lehramtsstudenten vielleicht besser gefördert werden können. Das wäre jetzt ein Beispiel, was Sie nennen, aber es gibt genügend andere Beispiele. Es gibt das allgemeine Beispiel der Gesundheitskompetenz. Wir wissen, dass wir in Deutschland eine Gesundheitskompetenz in der allgemeinen Bevölkerung haben, die, ich sage das mal deutlich, grottenschlecht ist. Vieles von dieser schlechten Gesundheitskompetenz führt letztlich auch zur Überlastung von Gesundheitssystemen, weil viele Dinge nicht selbst beantwortet werden, sondern Hilfe gesucht wird. Das vielleicht zu dem ersten Punkt.



Der zweite Punkt war Corona. Corona ist natürlich ein Riesenthema. Das, was wir nach der Corona-Pandemie sehen, ist, dass die Notwendigkeiten, die wir dieser Generation schulden, im politischen Bereich nicht zeitgerecht nach der Erkenntnislage umgesetzt worden sind, wie das eigentlich notwendig gewesen wäre.

Gerade wir als Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin haben schon sehr früh auf die potenziellen Gefahren von sozialer Isolation der Lockdown-Maßnahmen hingewiesen. Wir haben schon immer gesagt, das, was wir den Kindern zugemutet haben, ist nicht aus Gründen des Selbstschutzes dieser Kinder passiert, sondern aus Gründen des Fremdschutzes der erwachsenen Bevölkerung. Das ist schon ein ethisches Problem an sich.

Das heißt, wir müssen jetzt, ich will gar nicht nach hinten schauen und das alles beklagen, aber wir müssen gucken, welche Angebote wir den betroffenen Familien und Kindern anbieten können, die ja doch eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität hingenommen haben, was verschiedenste Studien auch gezeigt haben.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur Gruppe Die Linke mit zwei Minuten.  
Frau Akbulut bitte.

Abg. **Gökay Akbulut** (Die Linke): Vielen Dank auch vonseiten der Linken für Ihre Stellungnahmen und auch Ihre spannenden Beiträge heute hier. Ich habe eine Frage an Frau Dr. Koch: Was kann man aus Ihrer Sicht tun, um die Themen und Bedarfe junger Menschen und Familien in Ostdeutschland in der gesamtdeutschen Politik sichtbar zu machen und lösungsorientiert auf die Agenda zu nehmen?

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Frau Dr. Koch.

**Dr. Sophie Koch** (Volkssolidarität Bundesverband e. V.): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, Deutschland ist zuallererst ein Land der statistischen Gegensätze. Wer sich einmal die Karten des

digitalen Deutschlandatlas angeschaut hat, der weiß das und der kann das auch sehr gut sehen. Vor allem in Bezug auf die Bildungsbeteiligung von Kindern und auch auf die demografische Entwicklung wird die Diversität der Lebenslagen in diesen Karten sehr deutlich. Das betrifft jetzt nicht nur Ost- und Westdeutschland, das betrifft auch zum Beispiel die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Ich glaube, da können wir auch in vielen anderen Bereichen weitermachen.

Leider sind die östlichen Länder, wenn ich jetzt mal aus der Perspektive spreche, durch die geringe Bevölkerungsanzahl gesamtdeutsch statistisch nicht signifikant genug. Also die Themen bilden sich in gesamtdeutschen Statistiken selten ab. Ich glaube aber, dass unterschiedliche Herausforderungen in unterschiedlichen Regionen auch unterschiedliche Strategien und Herangehensweisen brauchen, auch bei der Problemlösung. Das heißt, ein deutsches Mittel in vielen Statistiken, und das haben wir ganz oft in Familienberichten und Ähnlichem, wird den spezifischen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und Familien in diesem Land nicht gerecht, auch nicht in den ostdeutschen Ländern.

Deswegen ist es wichtig, dass nicht nur die Länder und die Kommunen diese Themen im Blick haben, sondern auch – und das hat wieder mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu tun – der Bund, aber auch, Ausrufezeichen, die Wissenschaft und die überregionalen Medien individuell und regional nach Deutschland schauen, um diese Vielfalt der Herausforderungen, die wir haben, im Blick zu haben und für alle in diesem Land sichtbar zu thematisieren – und nicht immer nur für bestimmte Leute. Sichtbarkeit von Themen ist immer die erste Voraussetzung überhaupt für ein Problembewusstsein auf allen Ebenen. Dann können wir erst anfangen, konkret über die Problemlösungen zu sprechen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen zur zweiten Runde der SPD-Fraktion mit acht Minuten. Herr von Malottki, bitte.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Herr Nöhring, ich hatte die Frage vorhin gestellt, soll ich sie



nochmal stellen?

Die **Vorsitzende**: Jetzt kommt die Frage nochmal an Herrn Nöhring, genau. Er ist an der Reihe.

**Alexander Nöhring** (AWO Bundesverband e. V.): Ja, ich greife sie gerne auf. Zwei Fragen waren es. Eine Frage zu Standards für Kitaqualität und das andere war zu Fachkräften. Vielen Dank dafür.

Wir haben unlängst gemeinsam mit der GEW und dem Verband katholischer Tageseinrichtungen für Kinder, da sind wir in einem Qualitätsbündnis vertreten, über 10.000 Kindertagesstätten in Deutschland gemeinsam, die von Doreen Siebern gerade beschriebenen „Big Five“ schon mal benannt, wo wir sagen, das sind zentrale Punkte, um die Qualität in der Kindertagesbetreuung zu steigern. Ich will sie nochmal kurz nennen: Das ist die Fachkraft-Kind-Relation. Das ist die Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit – Dokumentation, Fortbildung, Zusammenarbeit mit Eltern. Ganz wichtig. Das ist die Freistellung für Leitungen. Das ist die Fachberatung verbindlich zu stärken, also auch mit Blick zum Beispiel auf Sprachförderinstrumente und Ähnliches, die Fachberatung verbindlich zu stärken. Und es ist natürlich auch die langfristige Finanzierung, die Beteiligung des Bundes an der Qualitätsentwicklung.

Vielleicht hier noch ein kurzes Stichwort zur Diagnostik in dem Zusammenhang. Es ist bereits genannt worden von dem Kollegen vom Paritätischen Gesamtverband: Wir haben ein ziemlich gut beschriebenes System der Kindertagesbetreuung. Das kann sehr viel leisten, auch an Auffangen von Förderbedarfen. Wir müssen es nur richtig unterstützen. Wir müssen es dringend unterstützen im Hinblick auf zum Beispiel den Fachkräftebedarf.

Ich würde gleich zur zweiten Frage kommen, zur Fachkräftestrategie. Auch wir unterstützen grundsätzlich die Fachkräftestrategie des Bundes. Es gibt einen geschätzten Bedarf von circa 400.000 zusätzlichen Fachkräften, die in dem Feld der Kindertagesbetreuung künftig in den nächsten Jahren gebraucht werden, und Fachkräfte, die die etwa eine Million Ganztagsplätze, die geschaffen

werden, noch zusätzlich mit abfangen werden.

Das heißt, wir haben einen Riesenbedarf und wir sehen gleichzeitig, dass wir eigentlich keine sogenannte stille Reserve mehr irgendwo auf dem Arbeitsmarkt haben. Und wir erleben gleichzeitig, dass zum Beispiel viele die Ausbildung abbrechen. Sehr viele in dem Feld brechen die Ausbildung ab. Irgendwas stimmt also offensichtlich da mit den Arbeitsverhältnissen nicht.

Was regen wir an? Die Ausbildungsanstrengungen erhöhen, das ist ja schon genannt worden. Die praxisintegrierte Ausbildung mit Anleitungsstunden, mit Unterstützung für die ausbildenden Institutionen, Fachschulen, Quereinstieg stärken, die multiprofessionellen Teams. Die Erleichterung der Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse und der erleichterte Zugang auch hier für Sprachkurseangebote sind dringend notwendig. Die bessere Bezahlung. Wir dürfen nicht vergessen, dass die staatlich anerkannte Erzieher\*in etwa auf dem Qualifikationsniveau einer Handwerksmeister\*in liegt, also auch hier an der tariflich orientierten Bezahlung etwas verbessern.

Und ganz wichtig: Wir müssen auch hier in die Qualität investieren, denn nicht „Qualität trotz Fachkräftemangel“, sondern „Qualität, weil Fachkräftemangel“. Nur durch eine gute Qualität halten wir die Fachkräfte im Feld.

Das wäre mein letzter Punkt. Das hat die Kollegin von der Volkssolidarität auch schon angesprochen. Wir haben einige Bundesländer, Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, in denen wir einen Fachkräfte... Überhang haben wir nicht, aber sozusagen rückläufige Kinderzahlen. Wir müssen alles dafür tun, diese Fachkräfte im Feld zu halten. Wir dürfen sie nicht aus dem Arbeitsfeld entlassen, wir müssen in Qualität investieren, um sie langfristig in dem Arbeitsfeld zu halten. Wir dürfen bloß nicht so abbiegen, dass wir Einrichtungen schließen, nichts an Qualität machen und die Fachkräfte aufgeben, denn das wissen wir auch, verlässt einmal eine pädagogische Fachkraft das Arbeitsfeld, kommt sie so schnell nicht wieder ins Feld zurück, und das dürfen wir uns nicht erlauben. Danke.



Die **Vorsitzende**: Danke sehr.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Okay. Ich würde noch eine weitere Frage an Herrn Alsleben stellen. Können Sie vielleicht beziffern, Sie haben gesagt, das ist eine wichtige Zukunftsinvestition: Wie viel sollte der Bund aus Ihrer Sicht in die frühkindliche Bildung investieren? Sollten wir die Investitionen jetzt verstärken?

Die **Vorsitzende**: Herr Alsleben, bitte.

**Thorsten Alsleben** (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH): Zunächst ist es so, wenn wir uns die Bildungsausgaben ansehen, sind wir bei den Pro-Kopf-Ausgaben pro Schüler schon ganz gut. Ich glaube, ich will das jetzt nicht beziffern. Ich sage nur, das heißt nicht immer, dass...

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Entschuldigung, pro Schüler oder pro Kita?

**Thorsten Alsleben** (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH): Ich war jetzt bei pro Schüler. Wir schauen sehr stark auf sie. Es heißt nicht immer, mit mehr Geld wird es automatisch besser, es muss an die richtige Stelle angebracht werden.

Da würde ich sagen, wenn Sie begrenzte Ressourcen zur Verfügung haben, dann stecken Sie sie als erstes in die frühkindliche Bildung, also Diagnostik, vor allem in der frühkindlichen Bildung, weil Sie da nachweislich die später guten Effekte haben. Zwei Jahre mehr wird dann im Alter von 15 Jahren sofort messbar oder hat messbare Bildungserfolge. Ich glaube, dass diese Investition notwendig ist. Ich kann Ihnen jetzt keine Zahl nennen. Das liegt ja auch meistens in der Hoheit der Länder.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Danke schön. Dann eine weitere Frage an Frau Prof. McElvany. Sie haben die Diagnostik sehr stark angesprochen. In Ihrer Stellungnahme sagen Sie, man sollte auch gleich den zweiten Baustein angehen, die Förderung. Was würden Sie denn vorschlagen an Förderung? Wie stehen Sie zum Vorschlag von

Frau Prof. Anders, diese Funktionsstellen zu nutzen, die sich bei dem Sprachprogramm als positiv erwiesen haben?

**Prof. Dr. Nele McElvany** (Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsfor- schung): Ja, ich denke, das ist tatsächlich das Zentrale, dass man Diagnostik nicht allein für sich diskutiert. Diagnostik zum Selbstzweck, ich glaube, da hat keiner hier vermutlich ein Interesse daran, sondern Diagnostik hat den Zweck, danach zielgerichtet, passgenau für das individuelle Kind Förderung anbieten zu können, die – das haben wir jetzt mehrfach aus allen Perspektiven gehört – ganz wichtig ist, wenn man den Kindern eine Chance in unserem Bildungssystem geben möchte.

Diese Förderung sollte, da bin ich ganz bei der Kollegin Yvonne Anders, im vorschulischen Bereich spätestens ansetzen, gerne auch vorher. Die sechs Jahre, bis die Kinder eingeschult werden, sind Zeit, die wir vertun, wenn wir sagen, die Kinder kommen in die erste Klasse in der Grund- schule und dann geht es los. Da haben wir für viele Kinder schon erhebliche Rückstände, die wir durch gezielte Förderung hätten auffangen kön- nen.

Sprachkompetenz ist das eine, was heute auch schon diskutiert wurde. Das betrifft aber auch viele weitere Vorläuferfähigkeiten für eine erfolg- reiche Grundschulzeit, die in nicht allen Familien ausreichend gefördert werden können.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Okay. Danke schön. Dann meine Frage an Herrn Dantlgraber: Sie haben sich in Ihrer Stellungnahme für bundesweit einheitliche Mindeststandards ausgesprochen. Da gibt es mehrere Vorschläge, Funktionsstellen, Gruppengröße, aber auch diese Personalstandards, von denen Frau Siebernik gesprochen hat. Können Sie sagen, was Sie präferieren? Sollte der Bund diese Personalstandards oder diese Mindest- standards jetzt im Bundes-Qualitätsentwicklungsgesetz implementieren?

**Matthias Dantlgraber** (Familienbund der



Katholiken, Bundesverband): Wir als Familienbund halten die Mindeststandards für richtig, Mindeststandards in zentralen Qualitätsbereichen, also nicht ins Detail gehend.

Zu den zentralen Qualitätsbereichen würde schon der Fachkraft-Kind-Schlüssel gehören und zum Beispiel auch so etwas wie die baulichen Anlagen, wie viel Quadratmeter man pro Kind zur Verfügung hat, und solche Dinge. Also nicht die Details der Betreuung, aber die grundlegenden Dinge sollten aus meiner Sicht vom Bund geregelt werden. Und dann sollten im Gegenzug die Länder über die Umsatzsteuerverteilung eine entsprechende Menge an Geld bekommen, damit sie diese Mindeststandards auch einhalten können.

Ich halte dieses momentane KiTa-Qualitätsgesetz nicht für zielführend, wo mit jedem einzelnen Land Einzelverträge abgeschlossen werden müssen. Das ist äußerst aufwendig. Das ist auch eine Vermischung von Zuständigkeiten. Das ist kein guter Föderalismus, wenn quasi beide zuständig sind, ineinander arbeiten und somit teilweise an einem Strang ziehen, teilweise aber auch nicht. Da müsste man die Zuständigkeiten klarer trennen, dem Bund die Rahmensetzung erlauben und den Ländern dann die Umsetzung.

Abg. **Erik von Malottki** (SPD): Okay. Danke für Ihre Statements. Aus meiner Sicht hat sich aus dieser Anhörung jetzt ergeben, dass die Konzentration auf den zweiten Schritt sein muss. Was tun wir mit den Ergebnissen, die wir entweder schon haben oder vielleicht erreichen? Dafür braucht es bundesweite Standards. Funktionsstellen und Personalstandards sind, das steht auch in sehr vielen von Ihren Stellungnahmen, aus meiner Sicht da das entscheidende Element.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU mit acht Minuten. Frau Breher, bitte.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde nochmal Frau Prof. McElvany eine Frage stellen. Sie haben vorhin gesagt, die Vernetzung Kita und Grundschule würden Sie für sinnvoll

halten. Mögen Sie dazu noch ein bisschen ausführen, dann nochmal auf die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter eingehen und dann so eine Zusammenfassung oder ein Resümee ziehen? Was ist für Sie prioritär? An welcher Stelle muss unbedingt als erstes gehandelt werden oder in welcher Reihenfolge setzt es aufeinander auf?

Die **Vorsitzende**: Bitte sehr.

**Prof. Dr. Nele McElvany** (Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsforschung): Ja, sehr gerne. Die Vernetzung Kita-Grundschule, vielleicht als ersten Punkt, ganz wichtig, sollte auf Augenhöhe stattfinden. Beide Seiten müssen da zusammenkommen, beide ihre Expertise einbringen. Die Grundschulen können deutlich machen: Was sind die Erwartungen? Was brauchen die Kinder, damit sie in der ersten Klasse erfolgreich starten können? Die Kita-Fachkräfte können deutlich machen: Was können wir leisten? Wo stehen die individuellen Kinder?

Das sind auch räumlich oft sehr eng vernetzte Einheiten, sodass hier für Kinder dieser Bruch, der da sein kann, von der einen sehr behüteten Einrichtung in die „große Grundschule“ oder vermeintlich „sehr große“ Grundschule aus Kinderperspektive zu wechseln, durch eine gute Absprache der beiden beteiligten Institutionen deutlich verbessert werden könnte.

Der Ganztag in der Grundschule ist, was den Ausbau angeht, die Zahl hatten wir vorhin schon gehört, sehr erfreulich gewachsen in den letzten Jahren, was nicht dazu geführt hat, dass wir deutliche Effekte sehen. Das hat die StEG-Studie mehrfach in verschiedenster Hinsicht unter anderem gezeigt. Darüber müssen wir uns Gedanken machen.

Wie können die Konzepte in den Ganztagschulen, was die Qualität von Bildungsförderung angeht, gerade für Kinder, wo zu Hause nicht optimal gefördert werden kann, ausgebaut werden, damit es eben nicht nur Betreuung ist? Betreuung ist auch ein sehr wichtiger Aspekt von Ganztag, keine Frage, aber um den Bildungsaspekt zu



fördern, brauchen wir andere Konzepte, die wiederum auch mit finanziellen Ressourcen einhergehen. Da will ich überhaupt keinen Hehl daraus machen, dass man das nicht zum Nulltarif bekommen kann.

Was die Prioritäten angeht, ich hatte das vorhin schon gesagt: Ich glaube nicht, dass es die eine einzige Maßnahme gibt, die uns hier wundersamerweise den Erfolg bringen kann. All diese Aspekte, die hier diskutiert wurden, eine frühe Förderung, basierend auf einer systematischen Diagnostik, wo Förderbedarfe rechtzeitig festgehalten werden, gezielt angesetzt früh gefördert werden kann, das sind, zusammengedacht beide Phasen: Die Zeit vor der Schule und die Zeit in der Grundschule. All diese Dinge werden gemeinsam betrachtet und angegangen werden müssen, damit wir irgendwann hoffentlich in diesen Bildungsstudien zu besseren Ergebnissen kommen, die wir hier alle bemängeln.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Ich würde da nochmal kurz nachhaken: Vernetzung Kita und Schule und dann auch Schullaufbahn. Befürworten Sie die „Akte Kind“ sozusagen, also begleitend durch das Bildungsleben, das Berichtswesen? Nur ein Beispiel: Meine Tochter, als sie von der Vierten auf die Fünfte in eine neue Schule gegangen ist, da hat mir der Klassenlehrer im ersten Fachgespräch gesagt: „Nein, ich habe mir den Bericht der Grundschule nicht angeguckt. Ich möchte mir ein eigenes Bild über Ihr Kind machen“. Und da habe ich gedacht: „Na gut, dass ich ihn anrufe. Ich möchte Ihnen gerne noch ein bisschen was erzählen“.

**Prof. Dr. Nele McElvany** (Technische Universität Dortmund, Institut für Schulentwicklungsfor-  
schung): Ja, in der Tat. Leider ist das häufig mit so einem negativen Image versehen, da würden irgendwie negative Bilder weitergegeben, nicht den eigenen Blick und Ähnliches. Ich würde auch das, ähnlich wie die Diagnostik, in einem ganz anderen Licht sehen: Wir wollen die Kinder möglichst gut individuell fördern. Und dafür müssen wir auch ihre Vorgeschichte, und zwar sehr frühe Vorgeschichte, auch im Kindergarten, schon kennen, mit allem, was dazugehört. Das sind nicht nur die

kognitiven Fähigkeiten, um die es hier geht. Da gehört auch vieles andere mit dazu.

Insofern denke ich, im Sinne der Kinder und der möglichst guten Weiterförderung ist es ausgesprochen sinnvoll, wenn die Institutionen hier miteinander Hand in Hand aufbauend die Kinder in ihren Bildungskarrieren begleiten.

Abg. **Silvia Breher** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herrn Krause würde ich nochmal gerne zur Kindertagespflege befragen, auch da zur Gewinnung und langfristigen Sicherung von Arbeitskräften. Was für Möglichkeiten gibt es? Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, das Bundesprogramm „ProKindertagespflege“ zu reaktivieren? Ist das sinnvoll oder nicht? Und insbesondere auch: Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Kindertagespflege auch im Ganztage einzubinden? Sie haben schon ein bisschen was dazu zugesagt, aber vielleicht können Sie es nochmal ausbauen.

**Heiko Krause** (Bundesverband für Kindertagespflege e.V.): Vielen Dank. Vielleicht fange ich mit dem letzten Punkt an. Ich glaube, es ist auf jeden Fall sinnvoll und notwendig, die Kindertagespflege einzubeziehen, damit die Kindertagespflegepersonen an der Erfüllung des Rechtsanspruchs mitwirken können. Das wird eine sehr schwierige Geschichte werden. Die Kindertagespflege ist bisher nicht ausreichend einbezogen. Frau Münch hat es auch in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht. Ich glaube, das kann einen wichtigen Beitrag leisten.

Zur Fachkräftegewinnung in der Kindertagespflege ist ganz entscheidend, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Die sind deutschlandweit extrem unterschiedlich. Wir haben durchaus Regionen, wo eine auskömmliche Vergütung bezahlt wird, wo es eine gute Vertretungsregelung gibt, wo auch die Zusammenarbeit zwischen der Fachberatung und den Kindertagespflegepersonen sowie den Jugendämtern gut läuft, aber wir haben auch die anderen Regionen, in denen das nicht der Fall ist. Das ist nicht nur der Osten, sondern auch im Westen sieht es sehr differenziert aus.



Das Qualitätsentwicklungsgesetz wäre eine Möglichkeit, zum Beispiel – ich greife mal einen Punkt heraus – die Relation Fachberatung und Kindertagespflegepersonen zu regeln. Da, wo ich wohne, gibt es 87 Kindertagespflegepersonen. Der Kreis ist so groß wie das Saarland. Wir haben eine Fachberaterin. Diese Fachberaterin fährt etwa 60 Kilometer durch den Kreis, um einen Hausbesuch zu machen. Entsprechend ist der Tag als Arbeitstag praktisch weg. Wenn sie 87 Hausbesuche machen muss, dann ist, sagen wir mal, die Hälfte ihrer jährlichen Arbeitszeit eigentlich durch Hausbesuche abgedeckt. Sie ist aber in der Zeit auch nicht telefonisch erreichbar oder kann nicht irgendwelche anderen Notsituationen bearbeiten. Das heißt, wir brauchen dringend – und da wäre das Bundes-Qualitätsentwicklungsgesetz eine Chance – einen Schlüssel, um zu sagen: Wir brauchen so und so viel Fachberater\*innen für so und so viel Kindertagespflegepersonen. Das ist etwas, was der Bund regeln könnte. Das ist ein Bereich.

Dann die Weiterentwicklung der Kindertagespflege zu einem wirklichen Beruf. Das war schon 2009 eine Aussage der damaligen Bundesregierung. Da sind wir noch nicht viel weitergekommen. Wir bräuchten auch ein vernünftiges Vergütungssystem, das nicht immer auf die Zahl der Kinder abstellt. Denn, wenn ich weniger Kinder habe, wird meine Miete nicht geringer, meine

Heizkosten werden nicht geringer, aber ich bekomme weniger Vergütung als Kindertagespflegeperson. Dort müsste ein neues Vergütungssystem etabliert werden, das zumindest so etwas wie einen Sockelbetrag oder eine Leistungsstunde oder ein Punktesystem – da kann man, glaube ich, in epischer Breite drüber sprechen – vorsieht. Es wäre sinnvoll, wenn das angestoßen würde, zur Diskussion.

Das heißt, es gibt eine Menge von Stellschrauben, um gute Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege zu schaffen, um es auch attraktiv zu machen, neue Kindertagespflegepersonen zu gewinnen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr.

Dann sind wir am Ende dieser Anhörung angelangt. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen, den Sachverständigen, bedanken, dass Sie uns Ihre Expertise zur Verfügung gestellt haben und dass wir alle zusammen so konzentriert an dem Thema gearbeitet haben.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Verlauf des Tages und alles Gute weiterhin. Danke sehr.

Schluss der Sitzung: 15:55 Uhr

Ulrike Bahr, MdB  
**Vorsitzende**



**Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen als Anlagenkonvolut:**

Deutscher Landkreistag <b>A-Drs. 20(13)102a</b>	<b>Anlage 1</b>
Heiko Krause Bundesverband für Kindertagespflege <b>A-Drs. 20(13)102b</b>	<b>Anlage 2</b>
Niels Espenhorst Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. <b>A-Drs. 20(13)102c</b>	<b>Anlage 3</b>
Deutscher Städtetag <b>A-Drs. 20(13)102d</b>	<b>Anlage 4</b>
Alexander Nöhring AWO Bundesverband e. V. <b>A-Drs. 20(13)102e</b>	<b>Anlage 5</b>
Prof. Dr. Nele McElvany Technische Universität Dortmund Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) <b>A-Drs. 20(13)102f</b>	<b>Anlage 6</b>
Doreen Siebernik Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) <b>A-Drs. 20(13)102g</b>	<b>Anlage 7</b>
Dr. Sophie Koch Volkssolidarität Bundesverband e. V. <b>A-Drs. 20(13)102h</b>	<b>Anlage 8</b>
Matthias Dantlgraber Familienbund der Katholiken (FDK) Bundesverband <b>A-Drs. 20(13)102i</b>	<b>Anlage 9</b>
Maria-Theresia Münch Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. <b>A-Drs. 20(13)102j</b>	<b>Anlage 10</b>
Prof. Dr. phil. Yvonne Anders Otto-Friedrich-Universität Bamberg <b>A-Drs. 20(13)102k</b>	<b>Anlage 11</b>
Dr. med. Burkhard Rodeck Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin e. V. (DGKJ) <b>A-Drs. 20(13)102l</b>	<b>Anlage 12</b>